

GENERATIONEN- gerechtigkeit!

Umwelt, Bevölkerung und Nachhaltigkeit

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Das Worldwatch Institut sieht die Zunahme der Weltbevölkerung als eines der zwei größten Umweltprobleme der Welt. Das andere sei die Klimaänderung.



Eine Beraterin in Südafrika erklärt Jugendlichen, wie ein Kondom verwendet wird.

Lange Zeit war das Thema Bevölkerung nicht rational diskutierbar. Das hing damit zusammen, dass sich im politisch rechten Lager die Sorge vor der Überfüllung der Erde mit dem Schüren untergründiger, oft fremdenfeindlicher Ängste paarte. Das wiederum weckte Widerstände von links, wo das Thema geradezu zum Tabu wurde. Übrigens nicht in erster Linie in Europa. Besonders in vielen Entwicklungsländern war es lange Zeit politisch nicht „korrekt“, das Thema der Geburtenkontrolle auch nur zu diskutieren. Der Vatikan und Teile des islamischen Klerus taten ein Übriges, um die Diskussion zu tabuisieren.

Anfang der neunziger Jahre wendete sich die Stimmung. Der Wunsch vieler Frau-

en nach einer Begrenzung der Kinderzahl wurde auf einmal anerkannt, und die emotionale, tabuisierende Abwehr des Themas wurde als „macho“ erkannt. In zahlreichen Entwicklungsländern wurde realisiert, dass es auch absolut humane und unterstützenswerte Formen der Empfängnisverhütung gibt.

Das war auch die Zeit, als Erhard Schreiber und Dirk Rossmann aus Hannover die Initiative für die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung ergriffen. Ich ermutigte sie zu diesem Schritt, und es wurde eine wirkliche Erfolgsgeschichte. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung hat sich als wichtigste deutsche Nichtregierungsorganisation auf diesem

(weiter auf Seite 11)

Das Dilemma der Kurzfristigkeit der Politik Das herkömmliche, eng verstandene Demokratieprinzip kann in ein Spannungsverhältnis mit dem Grundsatz der Generationengerechtigkeit treten.

Wahlperioden, die naturgemäß nicht allzu lang sein können, ohne den Einfluss des Wählers zu weit zurückzudrängen und damit das Wesen der Demokratie an sich zu gefährden, führen dazu, dass die Handlungen von Politikern tendenziell gegenwartsbezogen, also an den Wünschen und Bedürfnissen der heute lebenden Bürger – ihrer Wähler – orientiert sind. Die Interessen zukünftiger

Generationen werden häufig vernachlässigt. Der technische Fortschritt sorgt jedoch dafür, dass die Auswirkungen gegenwärtigen Handelns, etwa der Betrieb eines Atomkraftwerks, weit in die Zukunft hineinreichen und die Lebensqualität zahlreicher zukünftiger Generationen tief greifend negativ beeinflussen können.

(weiter auf Seite 20)

In dieser Ausgabe

Editorial, Impressum	2
UN korrigiert Bevölkerungszahlen nach oben	3
Trend zu weniger Kindern?	3
Tragfähigkeit der Erde	4
Wasser wird weltweit knapper	6
Rotary und Rotaract klären auf	7
Verhütungsnot in Äthiopien	8
AIDS: Eine humanitäre, soziale und wirtschaftliche Tragödie	9
Im Dickicht der Städte	10
Weltbevölkerungsentwicklung - ein Überblick	12
Ethische Aspekte	15
Deutschland überbevölkert?	16
Weltbevölkerung und die Rechte zukünftiger Generationen	17

Liebe Leser,

Ihre Meinung interessiert uns! Mit Ihren Impulsen wollen wir „Generationengerechtigkeit!“ kontinuierlich verbessern. Bitte schreiben Sie uns! GG!-Redaktion, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Fax 06171-952566, E-Mail www.srzg.de/GG!

Schreiben Sie uns bitte auch, wenn Sie uns neue Leser aus Ihrem Bekanntenkreis empfehlen können. Wir werden diesen Personen kostenlos und unverbindlich ein Jahr GG! zum Kennenlernen schicken.

Vorschau

Global Governance 19

Berichte

22

Veranstaltungen

23

Bücher

25

Leserbriefe / Reaktionen

25

Interna

Neues Kuratoriumsmitglied 26

Interview 26

Neue Förderer und Mitglieder 27

Aufnahmeantrag 28

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

10.000 Generationen brauchte die Menschheit, um zwei Milliarden Menschen hervorzubringen, den Sprung von zwei auf zehn Milliarden wird sie in nur einem Menschenleben vollziehen.

Dank der Globalisierung wird in 50 Jahren die Hälfte dieser zehn Milliarden Menschen in vernünftigem Wohlstand leben. Das ist die Erfolgsstory des offenen Marktes, aber es ist auch die größte Einzelherausforderung, vor der die Menschheit steht.

Heute verbrauchen wir, die eine Milliarde Menschen in den Industrienationen, mit unserem material- und energieintensiven Lebensstandard bereits rund 80 % der weltweiten Ressourcen und hinterlassen 83 % des kritischen Abfalls. Hinsichtlich Klima, Wasser, Wälder, Böden, Nutzung der Meere und Artenvielfalt beginnen wir das Kapital der Erde zu verzehren, anstatt von den Zinsen zu leben. Massiv schränken wir damit die Freiheit der nachrückenden Generationen ein.

Es ist betrüblich, wenn der US-Präsident die Verträge von Kyoto aufkündigt, weil er auf die Konjunktur seines Landes achten müsse. Wir hoffen jetzt, dass es in anderen Ländern Staatsmänner gibt, die ihrer Verantwortung für die zukünftigen Generationen gerecht werden.

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung führt mit Fakten in das Thema ein, ihr Leiter Dr. Hans Fleisch veranschaulicht die Entwicklung der Weltbevölkerung, Prof. Max Tilzer geht auf die Tragfähigkeit der Erde ein, Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker fordert, den knappen Faktor Naturverbrauch künstlich zu verteuern, und Prof. Franz Josef Radermacher verknüpft die Bevölkerungsfrage eng mit sozialen Fragen und mit Co-Finanzierungsfragen auf Weltordnungsebene. In anschaulichen Projektbeispielen aus Nigeria, Togo und Äthiopien zeigen private Organisationen wie Rotary, Rotaract und die DSW, welche Beiträge jeder Einzelne leisten kann, um das ungebremste Bevölkerungswachstum einzudämmen. Uns sollte klar sein: Wenn wir nicht sofort zu handeln beginnen, werden bereits unsere Kinder und Enkelkinder darunter massiv zu leiden haben, und sie werden uns einmal mit Recht fragen: „Ihr habt es gewusst, was habt ihr getan?“

Ihr Frithjof Finkbeiner

SRzG:

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist ein Think-Tank (Ideenfabrik). Sie entwickelt konkrete Reformvorschläge, um zukünftigen Generationen die gleichen oder bessere ökologische, ökonomische und sozial intakte Lebensgrundlagen zu bieten. Die SRzG will dazu beitragen, das Wissen um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Deutschland und Europa zu vertiefen.

Arbeitsergebnisse der SRzG sind im Wesentlichen Positionspapiere und Bücher, die mit klaren Empfehlungen an die Politik und möglichen Zukunftsszenarien abschließen und in unterschiedlichen Medien veröffentlicht werden. Gegründet im November 1997 in Frankfurt am Main, bestand der Vorstand der „Jugendstiftung“ anfangs aus unter dreißigjährigen Schülern und Studenten, die Lobbyarbeit für Generationengerechtigkeit betrieben. Im September 2000 gliederte sich die SRzG auf in eine Stiftung (SRzG) und in einen Verein (YOIS). YOIS und die SRzG ergänzen sich wie zwei Puzzleteile.

YOIS-Europe:

Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe (YOIS Europe), gegründet im Herbst 2000, ist eine europäische Jugendorganisation (Altersgrenze für Vorstandsämter: 32 Jahre) für die Sicherung der Rechte der Jungen und zukünftiger Generationen und die Europäische Integration. Wie die SRzG ist auch YOIS überparteilich.

YOIS verbreitet seine Visionen in öffentlichkeitswirksamen Aktionen. Junge Menschen sollen sich so für die Themen Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und Europa zu interessieren beginnen. Geplant sind eine europäische Konferenz in Rumänien, eine Fahrradrallye durch Ungarn und Rumänien, praktische Arbeit an alternativen Häusern und ein europäisches Buch „Zukunft denken“. Die gemeinsamen Arbeitskreise mit der SRzG fördern kontinuierliche Diskussion und Meinungsbildung. Als Verein besitzt YOIS offene Strukturen, in denen die Mitglieder auf allen Ebenen aktiv werden können. Gegründet sind YOIS Mazedonien und YOIS Deutschland, in Planung YOIS Polen, YOIS Rumänien und YOIS Moldawien. www.yois-europe.org

Sie sprechen
mit Ihrer Anzeige
6000 Meinungsbildner
in Deutschland an!

Seitenpreis DM 2000,-

Das ganze Jahr
dabei DM 1500,-
(pro Ausgabe)

Sie fördern unsere
Kommunikation und damit
unsere Ziele

Rufen Sie mich an:



Jörg Tremmel
Telefon 061 71-98 23 67
Telefax 061 71-95 25 66
E-Mail tremmel@srzg.de

GENERATIONEN
gerechtigkeit!

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), Adresse siehe Redaktion
Chefredaktion: Frithjof Finkbeiner, Jörg Tremmel (jt)
Redaktion: Stefanie Ettelt (se), Armin Frey (af), Maja Göpel (mg), Catherina Hinz (hz), Achmed Ischiklar (ai), Julia Junger (jmj), Katharina Klausch (kk), Marc Laukemann (ml), Martin Viehöver (mgv),
Layout: Ursula Hauer, Ute Gierstorfer
Red. Bearbeitung und Lektorat: KorrekturService Sand, Landsberg Tel 0 81 91-2 23 01
Konzept und Umsetzung: Frithjof Finkbeiner
Druck: Druck & Gestaltung Eitzenberger, Auf dem Kreuz 11-13, 86152 Augsburg, Tel. 08 21- 50 21 10
Verlag: Eigenverlag, Oberursel, Adr. siehe Redaktion
Redaktionsanschrift: SRzG, YOIS-Europe, Postfach 5115, 61422 Oberursel, tel +49-61 71-98 23 67, fax +49-61 71-95 25 66, e-mail: info@srzg.de, www.srzg.de
ISSN: 1617-1799
Auflage: 6.000 Exemplare

Die Zeitschrift **GENERATIONENgerechtigkeit!** wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint viermal jährlich. Das Jahresabonnement beträgt DM 30. Für Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS-Europe ist der Jahresbezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der Stiftung und des Vereins wieder. Der Abdruck von Artikeln, Grafiken oder Auszügen ist erlaubt. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

UN-Bevölkerungsprojektionen nach oben korrigiert

Die Vereinten Nationen haben in ihren neuesten Berechnungen zur Entwicklung der Weltbevölkerung die Zahlen wieder nach oben korrigiert. So gehen UN-Experten davon aus, dass die Kinderzahlen in einigen der am wenigsten entwickelten Länder nicht so schnell sinken wie zuvor angenommen.

Nach der mittleren Variante der aktuellen Bevölkerungsprojektionen wird die Weltbevölkerung bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts auf 9,3 Milliarden Menschen anwachsen. Das sind 431 Millionen Menschen mehr, als in der letzten Revision im Jahr 1998 vorhergesagt. Damals waren die Vereinten Nationen noch von 8,9 Milliarden Menschen ausgegangen. Die hohe Variante der aktuellen Projektionen, die die UN-Bevölkerungsabteilung Ende Februar in New York vorstellte, ergibt nun einen Zuwachs auf 10,9 Milliarden Menschen im Jahre 2050. Nach der niedrigen Variante würden zur Mitte des nächsten Jahrhunderts 7,9 Milliarden Menschen auf der Erde leben.

Grund für diese Korrekturen sind im Wesentlichen veränderte Annahmen zur zukünftigen Entwicklung der Kinderzahlen pro Frau. Experten gehen heute nicht mehr davon aus, dass die Kinderzahlen in allen Ländern bis zur Mitte des Jahrhunderts auf das so genannte „Ersatzniveau“ von zwei Kindern pro Frau sinken werden. Dies gilt vor allem für die 16 Entwicklungsländer, in denen die Kinderzahlen mit sechs bis acht Kindern pro Frau derzeit anhaltend hoch sind. Insgesamt wird sich die Bevölkerung dieser Gruppe von Ländern in den nächsten 50 Jahren nahezu vervierfachen: von

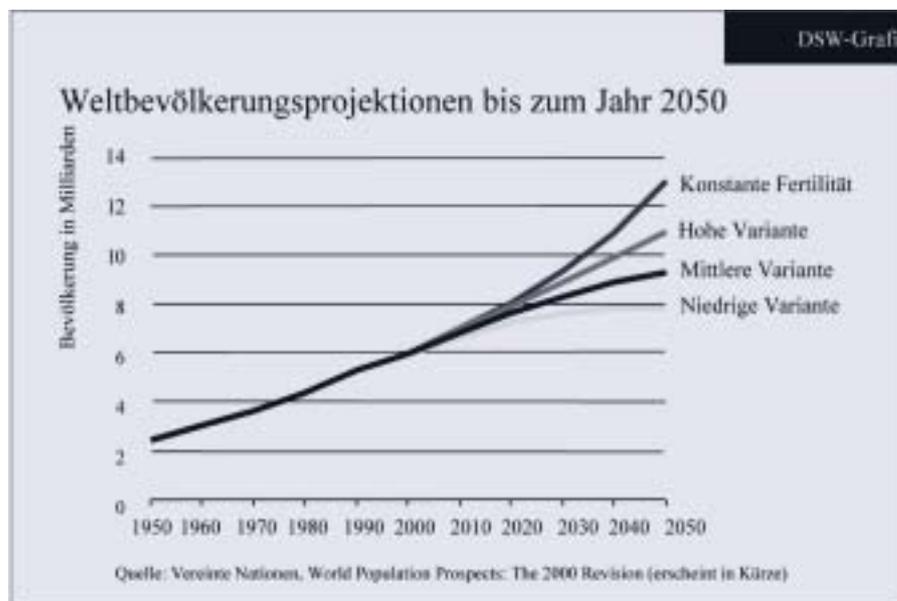
derzeit insgesamt 269 Millionen auf etwas über eine Milliarde Menschen. Zudem haben sich für Bevölkerungsriesen wie Indien, Bangladesch und Nigeria frühere Annahmen über stark rückläufige Trends bei den Kinderzahlen in den 90er Jahren nicht bestätigt. Nach den aktuellen Projektionen wird die Bevölkerung dieser drei Länder im Jahr 2050 nun insgesamt 2,1 Milliarden Menschen betragen. Das sind somit 131 Millionen mehr als noch 1998 angenommen.

Nach offiziellen UN-Angaben zählt die Weltbevölkerung derzeit rund 6,1 Milli-

arden Menschen. Jedes Jahr kommen 77 Millionen Menschen hinzu. Daraus ergibt sich eine Wachstumsrate von jährlich 1,35 Prozent. Im Durchschnitt bringen Frauen weltweit 2,8 Kinder zur Welt. Angenommen, die Kinderzahlen pro Frau blieben konstant auf heutigem Niveau, dann würde die Weltbevölkerung bis 2050 auf 13,1 Milliarden Menschen anwachsen.

Nach wie vor hat Aids einen verheerenden Einfluss auf die Lebenserwartung in den inzwischen 45 stark betroffenen Ländern. In Botswana etwa ist jeder dritte Erwachsene HIV-infiziert. Die Lebenserwartung wird dort bis 2005 auf 36 Jahre sinken. Ohne Aids läge sie bei 70 Jahren. Trotz der erhöhten Sterblichkeit wird die Bevölkerung der von Aids betroffenen Länder bis 2050 weiter wachsen

Catherina Hinz, DSW



Setzt sich der Trend zu weniger Kindern fort?

In den meisten Entwicklungsländern nimmt die Zahl der Kinder pro Frau ab. Viele Experten gehen heute davon aus, dass dieser Trend so lange anhält, bis die Geburtenraten weltweit auf das Ersatzniveau von zwei Kindern pro Frau gesunken sind. Ob und wann dies erreicht sein wird, ist jedoch noch ungewiss. Studien aus Ägypten und Bangladesch lassen grundsätzliche Zweifel aufkommen, ob diese Entwicklung tatsächlich jemals eintreten wird.

Ausschlaggebend für die demographische Entwicklung einer Bevölkerung sind vor allem drei Faktoren: die Sterblichkeit, die Migration und die Fertilität. In den meisten Entwicklungsländern, in denen die Bevölkerung schnell wächst, beeinflusst die Fertilität die Entwicklung am stärksten.

Nahezu alle Demographen gehen heute davon aus, dass die Fertilität in allen Entwicklungsländern schon in den nächsten Jahrzehnten weiter abnehmen wird, und zwar so lange, bis das globale Be-

völkerungswachstum zum Stillstand kommt. Sämtlichen Projektionen liegt die Annahme zugrunde, dass die Kinderzahl in Entwicklungsländern im Schnitt letztlich auf zwei Kinder pro Frau zurückgehen wird. Das Ende der Wachstumsphase würde damit in absehbarer Zeit erreicht sein.

Doch wie realistisch ist dies? Können wir tatsächlich davon ausgehen, dass die Wunschfamilie in Entwicklungsländern ebenso groß sein wird wie heute in den Vereinigten Staaten, in denen Familien

durchschnittlich zwei Kinder haben? Oder dass die Fertilität wie in Europa unter das Ersatzniveau sinken wird? Oder aber deutlich darüber liegen wird wie in einigen lateinamerikanischen Ländern? Neue Studien aus zwei Ländern belegen, auf welch wackligen Beinen diese Annahme wirklich steht.

Die aktuellen *Demographic and Health Surveys* (DHS) aus Bangladesch (1999-2000) und Ägypten (2000) zeigen einen anderen Verlauf. Noch in den 70er Jahren bekamen Frauen in Bangladesch im

Durchschnitt mehr als sechs Kinder. Obwohl sich die Regierung für Familienplanung einsetzte, sank die Kinderzahl nur langsam. Ein großer Sprung fand Mitte der 90er Jahre (DHS 1993-94) statt, als die Rate Studien zufolge auf 3,4 Kinder pro Frau sank – ein Ergebnis, das für reichlich Diskussionsstoff sorgte. Bis 1996 sank die Gesamtfruchtbarkeit nur noch geringfügig auf 3,3 Kinder pro Frau und blieb seitdem unverändert.

Eine Studie aus Ägypten, die den gleichen Trend zur Stagnation nachweist, sorgte sogar für noch größere Überraschung. Im Untersuchungszeitraum von 1997 bis 2000 lag die Gesamtfruchtbarkeit in Ägypten bei 3,5 Kindern pro Frau nur unwesentlich niedriger als 3,6, die Rate, die zwischen 1993 und 1995 gemessen wurde.

Weitere Untersuchungen aus Argentinien, Paraguay und Jamaika zeigen, dass

die Verlangsamung des Fertilitätsrückgangs in Ägypten und Bangladesch keine Ausnahmen darstellen. Insbesondere in Argentinien liegt die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau seit 50 Jahren nahezu unverändert bei etwa drei.

Entwicklung noch offen

Der Fertilitätsrückgangs kann ganz unterschiedlich verlaufen. Beispiel Thailand: Dort nahm die Fertilität beinahe ohne Unterbrechung bis unterhalb des Ersatzniveaus ab. Dagegen hat sich der Fertilitätsrückgang in Indonesien zuerst verlangsamt, um anschließend wieder zuzulegen.

Doch die Studien aus Ägypten und Bangladesch zeigen, wie vorsichtig man mit Langzeitannahmen der Fertilitätsentwicklung umgehen muss. Eine mögliche Erklärung dafür, warum die Kinderzahl zuerst schnell und dann langsamer abnimmt, könnte sein, dass sich zuerst

die Paare für Familienplanung entscheiden, die dem Thema ohnehin offen gegenüberstehen. Es könnte daher sein, dass die Fertilität wesentlich eher von sechs auf etwa 3,5 Kinder sinkt als von 3,5 auf zwei Kinder pro Frau. Und es ist ebenso möglich, dass in einigen Ländern die Zwei-Kind-Familie niemals zum Regelfall wird.

Carl Haub

Carl Haub ist Wissenschaftlicher Direktor des renommierten Population Reference Bureau (PRB), Washington.

Womit Sie Ihre Texte auch schreiben ...

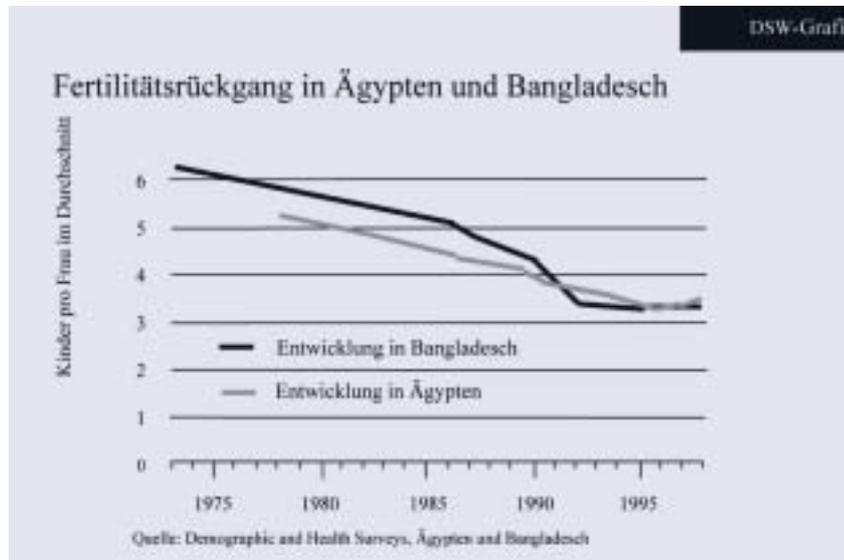


... unser Lektorat sorgt für **Texte ohne Fehler** und mit **Text-Tuning** bringen wir Ihre Vorgaben in werbliche wie journalistische Form.

Weitere Informationen bei:

KorrekturService Sand

Alte Bergstraße 412
86899 Landsberg
Hotline: 0 81 91/2 23 01
Faxline: 0 81 91/2 10 15
E-Mail: info@korrekturbuero.de



Die Tragfähigkeit der Erde

Die Tragfähigkeit der Erde für die menschliche Bevölkerung hängt vom Ressourcenverbrauch und der Aufnahmefähigkeit der Umwelt für Abfälle ab

Der Mensch der vorindustriellen Zeit beanspruchte seine Umwelt in erster Linie durch seinen eigenen Stoffwechsel. Durch die Nutzung externer Energieträger haben sich die Möglichkeiten zur zivilisatorischen Entfaltung außerordentlich gesteigert. Erst dadurch wurden die Industrialisierung und die technisch-wirtschaftliche Entwicklung der letzten 200 Jahre möglich. Auf der anderen Seite führte die Nutzung externer Energieträger zu einer Steigerung des Ressourcenverbrauchs und der Belastung der Umwelt durch Abfälle. Die zivilisatorische Entwicklung ist regional sehr unterschiedlich, dementsprechend weist auch der Ressourcenverbrauch pro

Kopf sehr große regionale Unterschiede auf.

Der **Demotechnische Index** bezeichnet den Gesamtenergieverbrauch eines Menschen durch die Nutzung externer Energieträger als Vielfaches des körpereigenen Energieumsatzes (100 Watt pro Person). Kanada und die Vereinigten Staaten weisen den höchsten Pro-Kopf-Energieverbrauch mit etwa zehn Kilowatt pro Person auf. Das Schlusslicht bilden arme, weniger entwickelte Länder, deren Gesamtenergieverbrauch an externen Primärenergieträgern nur das Dreifache des Körper-Metabolismus (300 Watt pro Person) ausmacht. Durch Multiplikation der Bevölkerungszahl mit dem jeweili-

gen D-Index erreicht man ein quantitatives Maß für den Gesamtverbrauch an Ressourcen eines Landes.

Dazu einige Fakten:

- Der Gesamtressourcenverbrauch der USA ist etwa doppelt so hoch wie der von China, obwohl Chinas Bevölkerung über viermal so groß ist wie die der USA.
- Dicht bevölkerte Industriestaaten wie Japan und Deutschland haben eine hohe flächenspezifische Nutzungsintensität. Infolge seiner geringen Besiedlungsdichte ist die flächenspezifische Nutzungsintensität in den USA trotz des hohen Pro-Kopf-Energieverbrauchs nur ein Fünftel jenes von Japan.
- Trotz der hohen Besiedlungsdichte mancher Entwicklungsländer ist ihr Gesamtressourcenverbrauch wie auch der flächenspezifische Ressourcenverbrauch vergleichsweise gering (Beispiel Bangladesch).
- Wenig entwickelte und vergleichsweise dünn besiedelte Länder weisen den ge-

ringsten flächenspezifischen Ressourcenverbrauch auf (Beispiele Brasilien und Äthiopien). Dabei ist allerdings die ungleichmäßige regionale Verteilung der Bevölkerung zu berücksichtigen, welche die Belastungsintensität stark beeinflusst.

Fazit:

- Die Belastung des Erdsystems durch den Menschen ist nicht ausschließlich von der Bevölkerungsdichte, sondern vom Produkt Bevölkerungsdichte mal Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch abhängig.

- Obwohl die Bevölkerung der Industriestaaten nur etwa 20 Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, übertrifft ihr Ressourcenverbrauch insgesamt deutlich jenen der Entwicklungsländer.

- Da sich der Ressourcenverbrauch pro Kopf in manchen der Entwicklungsländer in den kommenden Jahren voraussichtlich stark erhöhen wird (z. B. China und Indien), wird der Gesamtressourcenverbrauch sowie die Gesamtumweltbelastung während der nächsten Jahrzehnte schneller zunehmen als die Zahl der Menschen.

- Weil die natürlichen Ressourcen regional sehr ungleich verteilt sind, ist auch die Tragfähigkeit verschiedener Regionen höchst unterschiedlich. Auch die unterschiedliche Nutzungseffizienz der Ressourcen, abhängig vor allem von dem technologischen Entwicklungsstand und der vorhandenen Infrastruktur, beeinflusst die Tragfähigkeit der Erde.

- Durch unterschiedliche technische Standards verschärfen die aufgrund der unterschiedlichen Verfügbarkeit von Ressourcen bereits vorhandenen Disparitäten. Die Effizienz der Ressourcennutzung ist oft in jenen Ländern am geringsten, in denen die Ressourcen am knappsten sind. Durch die kombinierte Wirkung von

Bevölkerungswachstum und gesteigertem Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch greift der Mensch in zunehmendem Maße in globale Prozesse ein.

Kernprobleme des globalen Wandels

Klimawandel:

Etwa ein Drittel des atmosphärischen Kohlendioxidgehaltes stammt aus der Verbrennung fossiler Energieträger, die den technischen Fortschritt der letzten 200 Jahre erst ermöglicht haben. Auf diese Weise bewirken Kohlendioxid und andere durch den Menschen erzeugte Treibhausgase eine Erwärmung der Erde. Das größte Risiko geht von einer möglichen Veränderung der Meeresströmungen aus, was zu einer dramatischen Destabilisierung des Klimas führen könnte.

Ökosystemverlust:

Ökosysteme werden durch die Einwirkung des Menschen auf zweierlei Weise in Mitleidenschaft gezogen: Unter Degradation versteht man ungewollte Veränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Lebensgemeinschaften. Unter Konversion versteht man absichtlich herbeigeführte Veränderung von Ökosystemen (bis hin zu ihrer Beseitigung) mit dem Ziel der Nutzbarmachung der betroffenen Areale.

Bodendegradation:

Für die Degradation von Böden sind klimatische Einflüsse, direkte menschliche Eingriffe und stoffliche Belastungen durch Niederschlag und Abfluss verantwortlich. Die Degradation des Bodens hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Nutzung von Landflächen für die Erzeugung von Lebensmitteln und Rohstoffen.

Verlust von Wald:

Im weltweiten Durchschnitt beträgt die

Entwaldungsrate derzeit jährlich 0,3 Prozent. In den Tropen liegt dieser Wert bei 0,8 Prozent. Seit 1960 hat sich die pro Kopf auf der Erde verfügbare Waldfläche von 1,2 Hektar auf 0,6 Hektar halbiert.

Meeresverschmutzung und Übernutzung:

Etwa 80 Prozent der Meeresverschmutzung betrifft die küstennahen Meeresgebiete und ist Folge der Zufuhr von Stoffen aus angrenzenden Landflächen. Zur Zeit sind bereits 35 Prozent aller Fischbestände der Erde überfischt.

Süßwasserverknappung:

Etwa ein Drittel der Menschheit verfügt nicht über Süßwasser von ausreichender Menge und Qualität. In den armen Ländern sterben jährlich etwa fünf Millionen Menschen an wasserbedingten Krankheiten. Da Landflächen mit dem Ziel der Ertragssteigerung künstlich bewässert werden, ist die Versorgung mit Süßwasser untrennbar mit der Lebensmittelversorgung verknüpft.

Massensterben der Arten:

Durch Einwirkungen des Menschen ist das Aussterben biologischer Arten gegenüber der natürlichen Auslöschung um den Faktor 1.000 bis 10.000 beschleunigt. Wichtigste Ursache für den Verlust biologischer Arten ist die Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen.

Prof. Dr. Max M. Tilzer

Prof. Dr. Max M. Tilzer ist Professor für aquatische Ökologie an der Universität Konstanz. Zwischen 1992 und 1997 war er Direktor des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven. Von 1996 bis 2000 gehörte er dem Wissenschaftlichen Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) der Bundesregierung an.

Energieverbrauch aus externen Energieträgern pro Person - Demotechnischer Index

- P Bevölkerungszahl des betreffenden Landes (in Millionen)
- T Technologischer Energieverbrauch („externer Metabolismus“, Watt pro Person)
- A Fläche des betreffenden Landes (in Millionen km²)
- E Physiologischer Energieverbrauch pro Person („interner Metabolismus“, 100 Watt pro Person)
- D-Einheiten = D x P : Gesamtenergieverbrauch des betreffenden Landes)
- D-Einheiten km⁻²: Gesamtenergieverbrauch eines Landes pro Einheit der Landesfläche)

Land	Bevölkerung (Mio) P	Fläche (Mio km ²) A	Bevölkerung pro km ⁻²	D-Index	D-Einheiten (Mio)	D-Einheiten (km ⁻²)
USA	272.5	9.8	27.8	100	27,250	2,781
China	1,254.1	9,5	132.0	12	15,049	1,584
Japan	126.7	0.378	335.2	45	5,702	15.083
BRD	82.0	0.36	227.8	60	4,920	13,667
Russland	146.5	17.0	8,6	30	4,395	259
Brasilien	168.0	8.5	19,8	10	1.680	198
Bangladesch	125.7	0.15	838	5	629	4,190

Wasser wird weltweit knapper

Nie zuvor litten so viele Menschen unter Wasserknappheit wie heute. Über eine halbe Milliarde leben zurzeit in Ländern, in denen Wasser Mangelware ist – Tendenz steigend

Noch vor zehn Jahren waren es rund 335 Millionen Menschen. Bereits in 25 Jahren könnte sich ihre Zahl auf 2,4 bis 3,3 Milliarden Menschen mehr als vervierfachen. Dies geht aus einer Studie der US-amerikanischen Organisation Population Action International (PAI) hervor, die die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) vor kurzem veröffentlicht hat.

Wie viele Menschen in Zukunft in wasserarmen Regionen leben werden, hängt neben anderen Faktoren vor allem von der Wachstumsgeschwindigkeit der Bevölkerung ab. Gerade in Ländern mit geringen sich erneuernden Wasservorkommen nimmt die Zahl der Menschen rapide zu. Dementsprechend werden humanitäre Maßnahmen zur Verlangsamung des Bevölkerungswachstums immer wichtiger, um die Wasserkrise zu bewältigen.

Die meisten wasserarmen Länder liegen im Nahen Osten und in Afrika. Experten gehen jedoch davon aus, dass aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums in Zukunft auch in Lateinamerika und Asien Wasserengpässe entstehen können. Die steigende Zahl an Menschen kann auch darüber entscheiden, ob Länder, die heute unter zeitweiser Wasserknappheit leiden (weniger als 1.700 Kubikmeter pro Kopf im Landesdurchschnitt) in wenigen Jahren mit dauerhaftem Wassermangel (weniger als 1.000 Kubikmeter pro Kopf) umgehen müssen.

Global betrachtet enthält der Wasserkreislauf genügend Süßwasser, um die gesamte Weltbevölkerung zu versorgen. Doch die lebenswichtige Ressource ist regional höchst ungleich verteilt. Insbesondere trockene Regionen mit geringen Niederschlägen und wenigen Oberflächengewässern sind anfällig für Wasserprobleme. Versorgungsengpässe treten zwar in erster Linie regional auf. Doch die Gefahr von weltweiten Klimaveränderungen und zwischenstaatlichen Konflikten verleiht der Problematik eine zunehmend globale Dimension.

Die Wasserknappheit ist nicht ausschließlich ein Phänomen der Entwicklungsländer. Auch Industrieländer wie z. B. die USA können Versorgungsproblemen ausgesetzt sein – allerdings bei deutlich höherem Wasserkonsum. Mit Hilfe von modernen Technologien sind jedoch die wohlhabenderen Industrie-



nationen eher in der Lage, mit der begrenzten Ressource auszukommen.

Grenzen des Wasserkonsums

Seit 1940 hat sich die Weltbevölkerung von 2,3 auf über sechs Milliarden Menschen mehr als verdoppelt. Im gleichen Zeitraum stieg auch der Pro-Kopf-Verbrauch an Wasser weltweit um das Doppelte – von rund 400 auf 800 Kubikmeter jährlich. Inzwischen werden fast die Hälfte aller verfügbaren Wasservorkommen genutzt. Obwohl der Wasserbedarf aller Wahrscheinlichkeit nach auch in Zukunft weiter zunehmen wird, gilt als sicher, dass sich das Wasserangebot nicht noch einmal vervierfachen wird.

Viele Länder, die unter Wasserknappheit leiden, greifen auf nicht erneuerbare Wasserreserven zurück, um ihren Bedarf zu decken. Bereits heute sinken viele Grundwasserspiegel und zeigen alarmierende Zeichen von Übernutzung. Auch die Verschmutzung durch Industrie und Landwirtschaft trägt dazu bei, dass sich die Wasservorkommen immer weiter verknapfen.

Der Durst der Äcker

Der weltweit größte Wasserverbraucher ist die Landwirtschaft. Über 70 Prozent des globalen Wassers werden zur Bewässerung verwendet. Weltweit werden rund 255 Millionen Hektar Land bewässert. Die Tatsache, dass in vielen trockenen

Ländern alle Felder künstlich bewässert werden müssen, macht diese nicht nur anfällig für Wasser-, sondern auch für Ernährungskrisen. Rund ein Drittel der globalen Nahrungsmittelproduktion wird mit Hilfe von Bewässerung erzeugt. Gleichzeitig ist das Potenzial für Wassereinsparungen in der Landwirtschaft am größten. Die effizientere Nutzung der knappen Ressourcen könnte viele wasserarme Länder davor bewahren, die Schwelle zu gravierendem Wassermangel zu überschreiten.

Stefanie Ettelt, DSW
Die Studie „Mensch, Wasser!“ von Robert Engelman u. a. ist die Übersetzung des aktualisierten Reports „Sustaining Water“ von Population Action International (PAI), 128 Seiten, hg. v. der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, erschienen im Balance Verlag, ISBN 3-930723-32-8, 24 DM.

Wenn man will, dass Menschen Schiffe bauen und in See stechen, so darf man ihnen nicht bloß Planken und Nägel geben. Man muss ihnen von fremden Ländern und neuen Horizonten erzählen. So lehre sie die Sehnsucht vom weiten Meer.

Saint-Exupéry

Rotary klärt 25 Millionen junge Menschen in Nigeria auf

Die positiven Erfahrungen eines über fünf Jahre laufenden Pilotprojekts zeigen, dass sich eine Service-Organisation wie Rotary International, mit ihrem Netzwerk von 1,2 Millionen Mitgliedern in 29.000 Clubs und 161 Ländern, sehr effizient dieser größten Herausforderung der Menschheit stellen kann

In den Jahren 1995-2000 führte Rotary in Nordost-Nigeria ein Pilotprojekt „Verantwortete Elternschaft und gesunde Familien“ durch. Ziel des Projektes war die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Familien.

Durch eine Aufklärungskampagne über Radio, Fernsehen, Printmedien, aber auch durch traditionelle Kommunikationsmethoden wie Drama-Groups (siehe Bild unten) und Dorfausrufer (Towncriers) wurden letztendlich nicht nur die Kenntnis und Akzeptanz von Familienplanungsmethoden gefördert, sondern auch der individuelle Wunsch nach und die tatsächliche Anwendung von „Childspacing-Services“ erreicht.

In der Endevaluierung des Pilotprojektes, durchgeführt von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung (DSW), konnte eine Kenntnisrate von 90 % über Familienplanungsmethoden im Projektgebiet festgestellt werden. Als außerordentlicher

Erfolg ist die Erhöhung der Nutzungsrate von Empfängnisverhütungsmitteln von 3,5 % auf 27 % zu werten, bei einem Durchschnittswert von 3 % bis 7 % in Nigeria.

Das Ergebnis des Pilotprojektes ermutigte Rotary International, das Projekt „Verantwortete Elternschaft, gesunde Familien und AIDS-Aufklärung“ auf acht Staaten Nigerias auszudehnen. Diese erhebliche Ausweitung des Projektgebietes und der anzusprechenden Bevölkerung (25-30 Millionen, je zur Hälfte Christen und Moslems und 75 % Analphabeten unter den Frauen) kann nur unternommen werden, weil sich das Projekt einerseits auf Strukturen des bestehenden gesundheitsseitigen Gesundheitssystems und andererseits auf eine große Zahl von freiwilligen Helfern der Rotary Clubs im ärztlichen, logistischen und organisatorischen Bereich stützt.

Regierungsstellen aller Ebenen und vor

allem auch „Traditional Leaders“ wie Emire oder andere religiöse Führer werden in die Planungen einbezogen. Ihre Unterstützung ist essenziell, weil so auch nach Beendigung des Projekts in drei Jahren eine Nachhaltigkeit erreicht werden kann.

Das Projekt wird finanziell unterstützt von der Rotary Stiftung mit US \$ 525.000 und von der Packard Stiftung mit US \$ 1.200.000. Ein Antrag auf finanzielle Unterstützung für zwei der acht Staaten beim Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit ist gestellt.

Bruno von Mengden
Rotary Südbayern

E-Mail Brvm@aol.com, Flachsstr.10
86836 Graben, Tel.08232/90155
Fax 08233/90156



Rotaracter initiieren Aufklärungskampagne in Togo

Rotaract, eine weltweite Vereinigung junger Menschen im Alter von 18 bis 32 Jahren, setzt sich für Ideen wie Freundschaft, Fairness, Toleranz und Völkerverständigung ein. Ein Rotaract-Club sammelte DM 60.000 und klärt Schülerinnen und Schüler an Handwerksschulen in Togo auf. Die Projektdurchführung übernimmt der Togoverein, Augsburg

Jeder Mensch soll das Recht haben, die Größe seiner Familie selbst zu bestimmen. Jedem Menschen sollen Informationen über Familienplanung zugänglich sein, unter der Voraussetzung, dass die persönlichen, kulturellen und religiösen Wertvorstellungen jedes Adressaten berücksichtigt werden.

Der Rotaract-Club Weilheim-Pfaffenhofen hat die Co-Finanzierung eines Projekts in Togo übernommen. In Togo bringt jede Frau im Durchschnitt 6 bis 7 Kinder zur Welt.

Die Rotaracter wählten als Zielgruppe die Auszubildenden im Handwerk aus, weil sie hier alle Schichten der Bevölkerung erreichen können, ohne Rücksicht auf Stand, Bildung und Geschlecht. Im Rahmen des Allgemeinunterrichts an den zwölf Handwerkerschulen, die über ganz Togo verteilt sind, sollen an zwei Tagen mit den Jugendlichen die folgenden Themen bearbeitet und diskutiert werden:

Gesellschaftliches Sozialverhalten (Monogamie, Familiensinn, wirtschaftlicher Einfluss, gesellschaftliche Verantwortung des Einzelnen)

Hygiene (allgemeiner Umgang, Umwelt,

Schutzmaßnahmen und Vorbeugungen)
Empfängnisverhütung und Familienplanung (Frauen und Männer, Gesundheit, wirtschaftlicher Einfluss, gesellschaftlicher Einfluss auf familiärer, nationaler und internationaler Ebene)
Aids – Ursachen und Vorbeugung (Verantwortlichkeit, materielle Auswirkungen, Veränderungen des sozialen Umfelds)

„Wir können unsere Augen vor diesen Problemen nicht mehr verschließen. Diese Thematik geht uns alle an – auch und gerade uns junge Menschen!“

Amelie Fröhlich und Anja Ringholz
Rotaract

E-Mail: amelie.froehlich@rotaract.de,
www.rotaract.de, Tel.0881/9095433



Mit Theater und Musik sprechen Jugendberater Gleichaltrige auf der Straße an.

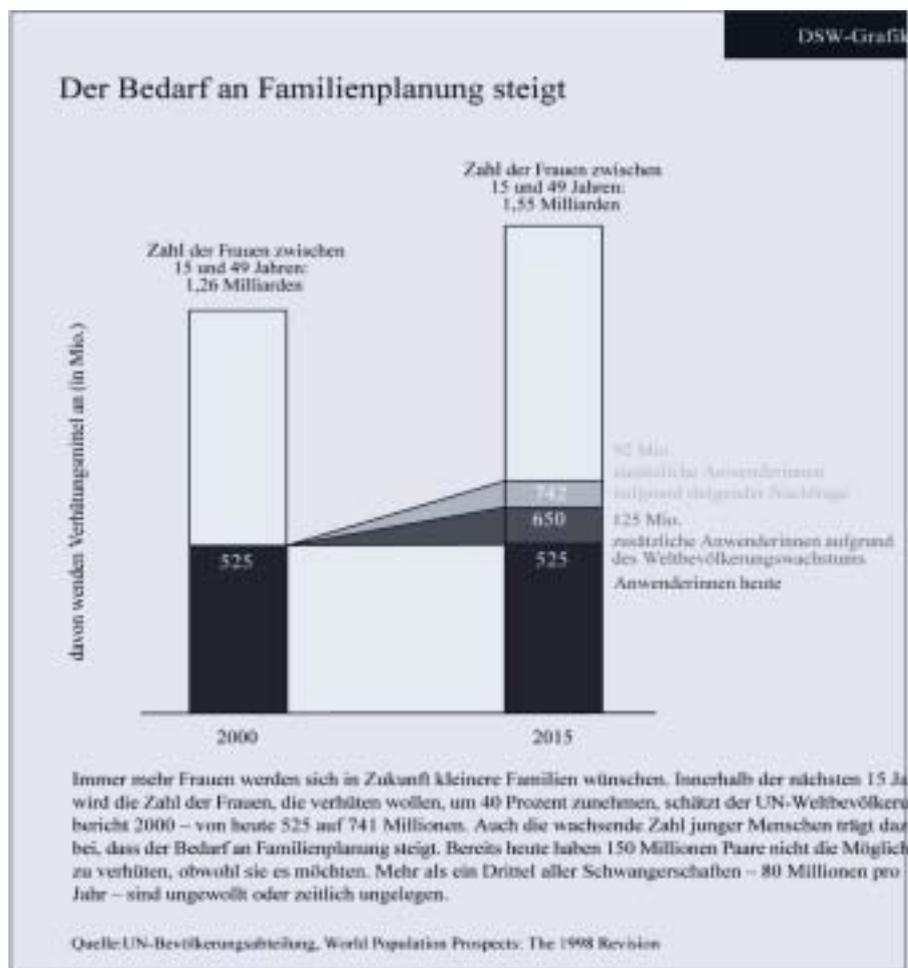
Verhütungsnotstand in Äthiopien

Äthiopiens Bevölkerung wächst weiterhin schnell. Innerhalb der nächsten dreißig Jahre wird sich die Zahl der Menschen in Äthiopien voraussichtlich verdoppeln: von heute rund 64 auf fast 130 Millionen Menschen

Die Bevölkerung des krisengeschüttelten Staates wächst derzeit um etwa drei Prozent jährlich, so das vorläufige Ergebnis der jüngsten *Demographic and Health Survey* (DHS), die im August 2001 durchgeführt wurde. Damit ist die Wachstumsgeschwindigkeit zwar zurückgegangen – von zuvor 3,9 Prozent –, doch die jährliche Bevölkerungszunahme ist immer noch immens. Vor allem für das Gesundheits- und Bildungswesen, den Arbeitsmarkt und die Wohnsituation stellt das schnelle Bevölkerungswachstum eine enorme Herausforderung dar. Auch die zum Teil ohnehin schon bedrohliche Ressourcenknappheit könnte durch die Zunahme weiter verschärft werden.

Ein Drittel der Äthiopierinnen will kein weiteres Kind mehr. Neben der Wachstumsgeschwindigkeit sind auch die Fruchtbarkeitsraten nur leicht zurückgegangen. Bekamen Frauen in Äthiopien im Jahr 1990 noch durchschnittlich 6,4 Kinder, so liegt der Landesdurchschnitt heute bei 5,9 Kindern pro Frau. Aufgrund der hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit wünschen sich viele Frauen immer noch eine große Familie – mit über fünf Kindern. Doch jede dritte Äthiopierin möchte keine weiteren Kinder mehr bekommen. Ein weiteres Drittel wünscht sich einen mindestens zweijährigen Abstand zwischen den Geburten.

Immer noch werden die meisten Geburten in Äthiopien nicht fachgerecht betreut. Nur bei einem Zehntel aller Geburten sind ausgebildete Geburtshelfer anwesend. Obwohl die Mehrheit der Frauen Verhütungsmethoden kennt, haben die meisten keinen Zugang zu entsprechen-



den Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit. Die Untersuchung ergab, dass nur sechs Prozent der verheirateten Frauen Verhütungsmethoden anwenden, obwohl 85 Prozent mindestens eine Methode der Familienplanung kennen. Damit ist die Anwenderinnenrate in den letzten Jahren nur um etwa zwei Prozent gestiegen. Doppelt so viele Frauen, die eine weiterführende Schule besucht haben, verhüten wie Frauen ohne entspre-

chende Schulbildung. Die Anti-Baby-Pille und injizierbare Kontrazeptiva sind die bevorzugten Verhütungsmethoden. Vor allem junge unverheiratete Frauen und Teenager haben häufig keinen Zugang zu Informationen und Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit, einschließlich Verhütung. Unsichere Abtreibungen sind in Äthiopien die Haupttodesursache für junge Frauen unter 20 Jahren. Stefanie Ettelt, DSW

Schutz von ungewollten Schwangerschaften und HIV/Aids – ein DSW – Projekt in Äthiopien

In Äthiopien fördert die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung ein Netzwerk von Selbsthilfegruppen, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, Jugendliche vor ungewollten Schwangerschaften und einer Ansteckung mit HIV/Aids zu bewahren und die Tabus im Umgang mit Sexualität zu überwinden.

Äthiopien ist ein „junges Land“. Fast die Hälfte der Menschen sind jünger als 15 Jahre – sie sind die Mütter und Väter von morgen. In dem von Armut geprägten Land am Horn von Afrika haben Jugendliche kaum Zukunftsperspektiven. Sowohl Informationen über Sexualität

und Verhütung als auch Kontrazeptiva sind für die meisten jungen Leute überhaupt nicht oder nur schwer zugänglich. 15 Prozent der jungen Äthiopierinnen im Teenageralter bekommen jährlich ein Kind, zumeist ungeplant und vielfach ungewollt. Und es gibt ein weiteres Pro-

blem: die rasche Ausbreitung von HIV/Aids. Nach Angaben des Aidsprogramms der Vereinten Nationen haben sich drei Millionen der rund 62 Millionen Einwohner bereits mit dem HI-Virus angesteckt. Die meisten der Infizierten sind junge Menschen. Seit sich die

Immunschwächekrankheit in Äthiopien ausbreitet, haben Jugendliche in Addis Abeba erste Anti-Aids-Klubs gegründet. Sie dienen als Treffpunkte und Beratungszentren, wo sich Jugendliche informieren und offen über die Krankheit und wie man sich davor schützen kann diskutieren können. Aus der anfänglichen Anti-Aids-Bewegung hat sich die Jugendorganisation *Save your Generation Association* (SYGA) entwickelt, die ihre Ziele bewusst weiter fasst. Andere Aspekte rund um Verhütung und Sexualität werden ebenfalls thematisiert. Das ist wichtig, denn selbst jungen Äthiopiern fällt es schwer, über Sexualität zu sprechen. SYGA möchte dieses Schweigen brechen. Heute zählt die Organisation über 7.000 aktive Mitglieder. Seit 1995 wird die Ju-

gendorganisation von der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung unterstützt. Ihre Mitglieder informieren Jugendliche und auch Eltern über die Verhütung von unerwünschten Schwangerschaften. An mehreren Standorten in Addis Abeba, Nazreth und Debrezeth bilden sie Jugendliche zu Jugendberatern, so genannte *Peer Educator*, aus, die wiederum Gleichaltrige aufklären sollen. Auch Einkommen schaffende Maßnahmen und Ausbildungsprojekte, wie etwa Computerkurse, gehören mit zu dem Programm. Wer sich bei SYGA engagiert, erhält – mit Ausnahme der wenigen hauptamtlichen Mitarbeiter – keinen Lohn. Dafür wird er oder sie in Näh- oder Tischlerkursen ausgebildet oder darf an Theater- und Musikworkshops teilneh-

Die Geschäftsstelle von SYGA in Addis Abeba ist zugleich das Zentrum für ein landesweites Netzwerk derartiger Jugendinitiativen, dessen Aufbau und Erweiterung die DSW maßgeblich unterstützt. Weit über die Grenzen der äthiopischen Hauptstadt hinaus werden in zahlreichen lokalen Jugendklubs junge Menschen aufgeklärt und informiert, wie sie sich vor HIV und ungewollten Schwangerschaften schützen können. Dieses Wissen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Eltern von morgen verantwortungsbewusst mit ihrer Sexualität umgehen können. Stefanie Ettelt, DSW

There are no problems, only solutions.

Andy Warhol

AIDS: Eine humanitäre, soziale und wirtschaftliche Tragödie

Fast drei Millionen Menschen sind im letzten Jahr an den Folgen von HIV/AIDS gestorben, weltweit haben sich über 36 Millionen angesteckt

Weltweit ist AIDS inzwischen die viert häufigste Todesursache, in manchen Regionen sogar die häufigste. Die höchsten Infektionsraten haben Länder in Afrika südlich der Sahara. Dort tragen nach Schätzungen des AIDS-Programms der Vereinten Nationen (UNAIDS) zehn Prozent der Erwachsenen das tödliche Virus in sich. Über 70 Prozent aller Infizierten leben in dieser Region. Allein in Südafrika sind 4,7 Millionen Menschen HIV-positiv – die weltweit höchste Zahl. Aber auch in Lateinamerika, Asien und Osteuropa breitet sich die Immunschwächekrankheit rasant aus. Inzwischen verringert HIV/AIDS die Lebenserwartung in einigen Nationen drastisch. Innerhalb des nächsten Jahrzehnts wird sie im südlichen Afrika voraussichtlich auf etwa 45 Jahre – das Niveau von 1950 – sinken. Auf das globale Bevölkerungswachstum hat die Epidemie – trotz der hohen Sterberaten in einigen Regionen – nur geringen Einfluss. Vor allem Menschen im jungen Erwachsenenalter sind von HIV/AIDS betroffen. Die Hälfte aller Neuansteckungen entfällt heute auf die Altersgruppe der unter 25-Jährigen. Die meisten sterben innerhalb von weniger als zehn Jahren. Weltweit haben rund 13,2 Millionen Kinder ihre Mutter oder beide Elternteile durch HIV/AIDS verloren.

Zerfall der sozialen Strukturen. Besonders spürbar sind die Auswirkungen von HIV/AIDS im Bildungs- und Gesundheitssektor. Viele Länder müssen einen Großteil ihrer finanziellen Mittel, die für den Sozialbereich insgesamt zur

Verfügung stehen, für die Versorgung der AIDS-Patienten ausgeben. Die Immunschwächekrankheit beschränkt sich nicht mehr auf bestimmte Berufsgruppen, wie z. B. Armeeingehörige oder Prostituierte.

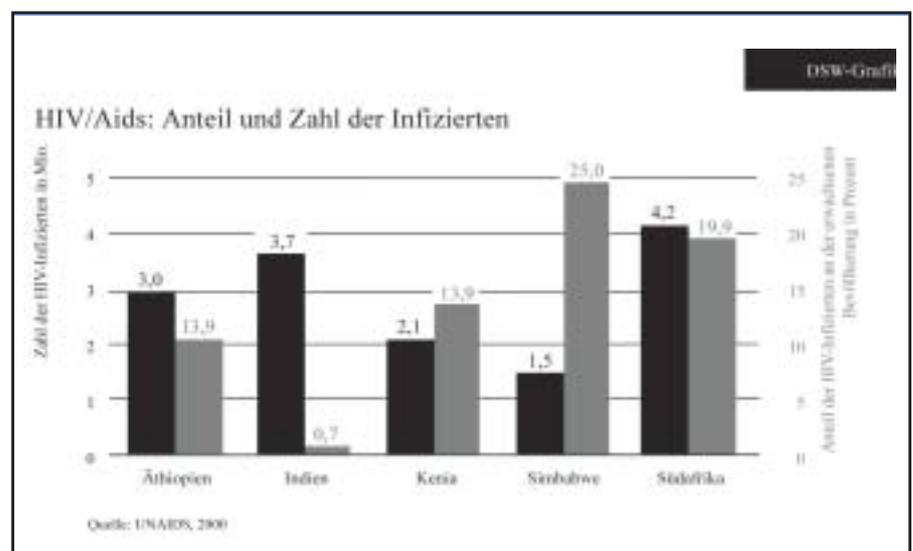
Frauen besonders gefährdet

HIV/AIDS betrifft immer häufiger Frauen. Nach Angaben von UNAIDS ist die Ansteckungsrate bei Frauen in den letzten fünf Jahre weltweit von 25 auf 45 Prozent gestiegen. Im südlichen Afrika infizieren sich inzwischen mehr Frauen als Männer. Frauen haben nicht nur aufgrund ihrer körperlichen Voraussetzungen ein höheres Risiko, sich mit dem Virus zu infizieren. Auch soziale Faktoren verhindern häufig, dass Frauen sich wirksam schützen können.

Politischer Wille entscheidend

Trotz aller düsteren Aussichten gibt es auch positive Signale. Als Hoffnungsträger gelten vor allem Länder wie Thailand und Uganda, die es durch Aufklärungs- und Präventionsprogramme geschafft haben, die Verbreitung der Krankheit zumindest aufzuhalten. In Uganda ist der Anteil der HIV-Infizierten in einigen Gebieten sogar von 35 auf zehn Prozent zurückgegangen. Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung sind vor allem der politische Wille und der konsequente Einsatz von Präventionsmaßnahmen.

Quelle: UNAIDS, Report on the global HIV/AIDS epidemic, Genf Dezember 2000. DSW-Datenposter Weltbevölkerung 2000, hg. v. der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung. (se)



Im Dickicht der Städte

In vielen Entwicklungsländern werden die Lebensbedingungen in den Großstädten immer härter. In Megastädten wie etwa São Paulo oder Mexiko-Stadt leben über 17 Millionen Menschen. Dies hat gravierende Folgen für die Versorgung der Menschen.

Bislang waren Stadtbewohner im Durchschnitt besser versorgt als Menschen, die in ländlichen Gebieten lebten. Inzwischen zeichnet sich jedoch eine alarmierende Trendwende ab. Nahezu das gesamte Wachstum der Weltbevölkerung wird in Zukunft in den Städten der Entwicklungsländer stattfinden, schätzt die Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen. Bereits heute leben rund 47 Prozent der Weltbevölkerung – rund 2,9 Milliarden Menschen – in Städten. Die Verteilung ist jedoch regional sehr unterschiedlich. Während in Entwicklungsländern lediglich 40 Prozent der Menschen Stadtbewohner sind, sind es in den Industrienationen über 75 Prozent. Den Vorausschätzungen zufolge werden bis zum Jahr 2030 fast zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben – rund 4,9 Milliarden Menschen. Das bedeutet, dass etwa zwei Milliarden Menschen zusätzlich in den städtischen Ballungsgebieten der Entwicklungsländer wohnen werden. Selbst wenn die Zuwachsraten in den nächsten 30 Jahren von 2,9 auf 1,8 Prozent zurückgehen werden, wird sich die Bevölkerung dieser Städte innerhalb dieses Zeitraums voraussichtlich verdoppeln.

Steigende Kindersterblichkeit

Bereits seit Ende der 70er Jahre mehren sich die Anzeichen, dass die rapide zunehmende Stadtbevölkerung die Kapazitäten der Städte in manchen Regionen überfordert. Obwohl die Lebensbedingungen in den Städten der Entwicklungsländer – u. a. aufgrund der besseren Versorgung mit Gesundheits- und Bildungseinrichtungen – meist günstiger sind als auf dem Land, hat sich die Situation mancherorts in den letzten Jahren wieder verschärft. Vor allem die steigende Säuglings- und Kindersterblichkeit in manchen Städten Lateinamerikas und Afrikas südlich der Sahara ist alarmierend: Sie gilt als Indikator dafür, dass sich der Gesundheitszustand der städtischen Be-



Megastadt Bangkok, 1999

völkerung insgesamt verschlechtert und die Armut zunimmt. In vielen kleineren Städten ist die Infrastruktur und Versorgung inzwischen besser als in den bislang fortschrittlicheren Großstädten. Das schnelle Städtewachstum in Entwicklungsländern hat vor allem zwei Ursachen: Zuzug aufgrund von Landflucht und hohe Fruchtbarkeitsraten. Vor allem die besseren Einkommensmöglichkeiten ziehen viele Menschen vom Land in die Stadt. Neben diesen Wirtschaftsmigranten kommen auch Flüchtlinge aus Kriegs- oder Krisengebieten – in manchen Regionen machen sie sogar den Hauptanteil des Zuwachses aus. Insgesamt jedoch ist das rapide Städtewachstum in erster Linie auf die hohe Fertilität zurückzuführen.

Vielen Städten fehlen die finanziellen Mittel, mit den steigenden Bedürfnissen einer wachsenden Zahl von Menschen Schritt zu halten – oder sie werden schlecht verwaltet. Vor allem im Bildungs- und Gesundheitsbereich werden viele notwendige Investitionen aufgeschoben, weil das Geld dazu fehlt. Ein Teufelskreis aus Armut, Arbeitslosigkeit und Unterversorgung entsteht. Experten gehen davon aus, dass die Situation in manchen Städten selbst unter günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen nur schwer verändert werden kann, solange die Bevölkerung mit gleicher Geschwindigkeit weiterwächst.

Verkehrschaos und dicke Luft

In den großen Städten konzentrieren sich die Umweltprobleme. Neben mangelnder Müll- und Abwasserentsorgung bedroht vor allem die zunehmende Luftverschmutzung die Gesundheit der Städter. Mit steigendem Wohlstand leisten sich immer mehr Menschen ein eigenes Auto. In allen Städten der Welt nimmt die Zahl der PKWs zu. Mit der Verkehrsdichte steigen jedoch auch die Luftverschmutzung und die damit verbundenen Gesundheitsrisiken. Die Weltbank schätzt, dass bis 2010 weltweit voraussichtlich 816 Millionen Autos unterwegs sein werden, gegenüber 580 Millionen im Jahr 1990. Der Straßenverkehr ist auch für rund 30 Prozent der Emissionen verantwortlich, die zum Treibhauseffekt beitragen. Die steigende Abgasmenge wird neben der wachsenden Zahl an PKWs auch durch den ineffizienten Treibstoffverbrauch vieler Autos und das zunehmende Verkehrschaos in vielen Städten verursacht. Ein Auto in Bangkok etwa steht im Durchschnitt 44 Tage im Jahr im Stau.

Stefanie Ettelt, DSW

Quelle: World Urbanization Prospects: The 1999 Revision, hg. v. der UN-Bevölkerungsabteilung; Household Transportation Use and Urban Air Pollution, hg. vom Population Reference Bureau, Washington 1999.

Die Ereignisse folgen einander so rasch, dass, sofern wir nicht einen Weg finden, das Morgen im Auge zu behalten, wir nicht erwarten können, den Blick für das heute zu haben.

Dean Rusk

Gebiet etabliert. Die Enttabuisierung der Bevölkerungsthematik hat nicht nur den Grund, dass weltweit die Rechte der Frauen eine fairere Anerkennung erhielten. Die Politik realisierte auch, dass die Verteilungsprobleme im Land bei einer ständig wachsenden Bevölkerung ins Unermessliche wachsen.

Hinzu kam eine für den Norden wenig schmeichelhafte Botschaft: Unsere reichen Länder sind ökologisch noch stärker überbevölkert als die Entwicklungsländer, mit denen man das Thema Bevölkerung üblicherweise assoziierte. Der Begriff vom „Ökologischen Fußabdruck“ machte die Runde. Das ist die Fläche, die für die Sicherung des Lebensstandards eines durchschnittlichen Deutschen, US-Amerikaners, Inders oder Brasilianers benötigt wird. Das ist die Fläche für Wohnraum und Straßenraum, für die Herstellung von Lebensmitteln und Textilien, für Erze und Energie (Letzteres umgerechnet auf erneuerbare Energiequellen). Im Ergebnis benötigt ein Deutscher rund vier Hektar, ein Inder aber nur 0,6 Hektar. Die Brasilianer liegen in der Mitte, die US-Amerikaner fast doppelt so hoch wie wir Deutschen.

Insofern stellt die Geburt eines deutschen Kindes eine rund sechsmal größere Belastung dar als die Geburt eines indischen Kindes. (Allerdings würde deutsche Geburtenabstinenz kaum einen Beitrag zum Problem darstellen. Schon jetzt füllen wir die durch Geburtenchwäche entstandene Lücke durch Einwanderer, die alsbald den Anschluss an die deutschen Konsummuster finden.)

Die Bevölkerungsfrage ist eng verknüpft mit dem, was die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und die aus ihr hervorgegangene Vereinigung YOIS als „ökologischen Generationenvertrag“ bezeichnen. Das ist die Forderung, dass die heute lebende Generation die Natur nicht in einem schlechteren Zustand hinterlässt, als sie sie vorgefunden hat. Offensichtlich verletzen die riesigen Fußabdrücke den Generationenvertrag. Und offensichtlich wäre der Vertrag viel leichter einzuhalten, wenn weniger Menschen die Erde bevölkern würden.

Was man um der ökologischen Entlastung der Erde willen in Deutschland und in anderen Industrieländern tun müsste, wäre in erster Linie eine Veränderung des Lebensstils und der Technologie. *Ein Faktor vier in der Erhöhung der Ressourcenproduktivität ist innerhalb einer Generation erreichbar. Ein Faktor vier reicht aus, um weltweit einen doppelten Wohlstand mit der Hälfte des Naturverbrauchs zu erzeugen.*

Der Faktor vier ist konzipiert für die Industrieländer. Er ist aber ebenso in den Entwicklungsländern realisierbar, dort sogar eher leichter als bei uns. Die Zielrichtung des Faktors vier sollte allerdings aus Gründen der ausgleichenden Gerechtigkeit im Süden und im Norden unterschiedlich sein. Wir in den reichen Ländern müssen uns Mühe geben, unseren Wohlstand zu halten und den Naturverbrauch auf ein Viertel zu reduzieren. In den Entwicklungsländern wird man versuchen, den Wohlstand zu vervierfachen und dennoch den Ressourcenverbrauch zu stabilisieren.

Die Wohlstandssteigerung in den Entwicklungsländern ist im Übrigen eine der besten Strategien zur Stabilisierung

der Bevölkerung. Sie geht in den meisten Ländern auch mit einer Emanzipation der Frauen Hand in Hand, und diese ist vielerorts die Grundlage für die gewollte Empfängnisverhütung.

Der Faktor vier kann den entscheidenden Unterschied für das Wettrennen zwischen Wohlstandsentwicklung und Bevölkerungsentwicklung bedeuten: Ohne die dramatische Verbesserung der Ressourceneffizienz tritt der geburtenbegrenzende Wohlstand erst in einem Stadium ein, wo die ökologische Lebensgrundlagen schon weitgehend zerstört sind.

Um die so bezeichnete Effizienzrevolution herbeizuführen, muss der Handlungsrahmen geändert werden. Der knappe Faktor Naturverbrauch muss künstlich verteuert werden, während die gar nicht mehr knappe menschliche Arbeit von Abgaben entlastet werden muss. Das ist der richtige Grundgedanke der ökologischen Steuerreform. Es sind aber auch andere Instrumente der Steuerung über den Markt möglich, insbesondere der Handel mit Lizenzen der Naturnutzung.

Das Ziel des ökologischen Generationenvertrages ist offensichtlich das, was üblicherweise als Nachhaltigkeit bezeichnet wird. Nachhaltige Entwicklung bedeutet ja, dass künftige Generationen keine schlechteren Lebens- und Entwicklungschancen haben als die heute lebende Generation.

Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

(Mitglied der Kuratorien der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung und der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen)

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung

Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW) setzt sich für eine zukunftsfähige Entwicklung der Weltbevölkerung ein. In Entwicklungsländern unterstützt sie vor allem Projekte zur menschenwürdigen Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, zur Verbesserung der reproduktiven Gesundheit von Frauen und Jugendlichen und zur Bekämpfung von HIV/Aids. Zurzeit unterstützt die DSW rund 40 Projekte in Afrika, Asien und Lateinamerika.

Die DSW ist eine private gemeinnützige Stiftung, die 1991 in Hannover gegründet wurde. Sie ist deutsche Partnerin des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und kooperiert mit zahlreichen internationalen Organisationen und Forschungseinrichtungen. Die DSW besitzt den speziellen Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC).

Wenn Sie mehr Informationen über unsere Projekte wünschen oder uns unterstützen wollen, schreiben Sie uns oder rufen Sie uns einfach an:

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)

Göttinger Chaussee 115

30459 Hannover

Telefon: (05 11) 9 43 73-0

Fax: (05 11) 2 34 50 51

E-Mail: info@dsw-hannover.de



Deutsche Stiftung **WELTBEVÖLKERUNG**

Die Entwicklung der Weltbevölkerung – ein Überblick

Ob regionale Verschiebungen oder Bevölkerungsrückgang – seit jeher stellen rapide demographische Veränderungen Gesellschaft und Politik vor große Herausforderungen

Mit Beginn des 21. Jahrhunderts wird man sich in Deutschland der bevorstehenden Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung zunehmend bewusst. Dagegen werden die Folgen des rapiden Wachstums der Weltbevölkerung hierzulande meist unterschätzt und verdrängt.

Stellen wir uns jedoch einmal vor, die deutsche Bevölkerung würde nicht abnehmen, sondern wachsen, und zwar von 80 auf 160 Millionen innerhalb der nächsten 25 Jahre. Dass dies die Anpassungsfähigkeit des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systems enorm herausfordern würde, dürfte außer Frage stehen. Im globalen Vergleich ist Deutschland jedoch eines der wohlhabendsten Länder mit einer hervorragenden Infrastruktur und insgesamt funktionierenden staatlichen Verwaltungssystemen.

Während ein solcher Zuwachs in Deutschland auf absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, ist das schnelle Bevölkerungswachstum für viele Entwicklungsländer eine Tatsache. In vielen von ihnen verdoppeln sich die Bevölkerungen innerhalb von weniger als 25 Jahren. Doch in den armen Ländern sind die Voraussetzungen, das Wachstum zu bewältigen, in jeder Beziehung schlechter als in Deutschland.

Bevölkerungsveränderungen werden von politischen Entscheidungen, vom wissenschaftlich-technischen Fortschritt und der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Das ist ein komplexer Prozess. Es gibt gleichwohl erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten, um Entwicklungen zu steuern. Damit diese Möglichkeiten wahrgenommen werden können, ist es notwendig, dass die Bedeutung von Bevölkerungsentwicklungen und ihre Beeinflussbarkeit zur Kenntnis genommen und diese Erkenntnisse auch in Handlungen umgesetzt werden.

Die Dynamik des Wachstums

Noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit ist die Weltbevölkerung so schnell gewachsen wie in den letzten Jahrzehnten. Innerhalb von nur 40 Jahren ist sie von drei auf heute über sechs Milliarden Menschen gewachsen. In den nächsten 50 Jahren werden voraussichtlich weitere 3,3 Milliarden hinzukommen. Eine solche Vorausschätzung berücksichtigt bereits eine erneute Erhöhung der Sterblichkeit in einigen Regionen, z. B. durch die Ausbreitung von HIV/AIDS, und den Trend zu kleineren Familien, der sich in den meisten Entwicklungsländern abzeichnet. Sollten die Fruchtbarkeitsraten jedoch nicht weiter zurückgehen,

wird sich die Weltbevölkerung bis 2050 sogar um über sieben Milliarden Menschen vergrößern. *Im 20. Jahrhundert hat sich die Weltbevölkerung fast vervierfacht.* Heute wächst sie jährlich um rund 77 Millionen Menschen, so die aktuellen Berechnungen der Vereinten Nationen. Es gibt jedoch große regionale Unterschiede – auch innerhalb einzelner Länder. Während beispielsweise im Norden Indiens die Bevölkerung rasch wächst, ist die Geburtenrate einiger Staaten im Süden des Landes fast auf europäischem Niveau.

Der größte Unterschied besteht jedoch zwischen den wohlhabenden Industrienationen und den Entwicklungsländern. Die meisten Länder des Nordens verzeichnen heute rückläufige Bevölkerungszahlen. In fast allen Industrienationen bekommen Frauen deutlich weniger als zwei Kinder. Viele Paare im Norden wünschen sich durchaus größere Familien. Würde dieser Kinderwunsch in die Tat umgesetzt, läge die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in den meisten Industrienationen in etwa bei dem so genannten Ersatzniveau der Fertilität, bei dem sich eine Generation durch die nächste ersetzt und langfristig die Bevölkerungsgröße stabilisiert wird (etwa zwei Kinder pro Frau).

„Es gibt heute schon Unternehmen, die erkannt haben, dass ihr soziales Engagement deren Image prägt und dieses heute schon mehr wert sein kann als Ihre Produkte.“

Mit socialsponsoring fördern Sie auf Zeit die Grundlagen für effiziente humanitäre Arbeit. Wir bieten Ihnen Verbindungen und Projektbetreuung zu anerkannten Organisationen.

AES Werbeagentur GmbH, Auf dem Kreuz 11-13, 86152 Augsburg, Telefon 08 21-50 211 50, Fax 08 21-50 211 62

In Entwicklungsländern bekommen Frauen heute im Durchschnitt rund drei Kinder. Ohne China ist die Zahl mit knapp vier Kindern je Frau in Entwicklungsländern sogar noch höher. Gleichwohl ist diese durchschnittliche Kinderzahl im Vergleich zum Jahr 1960 dramatisch gefallen: Damals bekamen Frauen in Entwicklungsländern durchschnittlich noch sechs Kinder. Es gibt viele Gründe für die sinkende Fertilität in Entwicklungsländern. Unbestritten ist jedoch, dass die Ausbreitung von Sexualaufklärung und der verbesserte Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung maßgeblich zu diesem Trend beigetragen haben. Seit 1960 hat sich die Prozentzahl der Menschen im reproduktionsfähigen Alter, die von Familienplanung Gebrauch machen, in den Entwicklungsländern mehr als verfünffacht. Sie liegt jedoch mit etwa 50 Prozent nach wie vor deutlich unter dem Niveau der Industrienationen. Besonders niedrig ist die Anwendung von Kontrazeptiva in Afrika.

Faktoren des Weltbevölkerungswachstums

Während viele Paare in Industrienationen weniger Kinder bekommen, als sie möchten, ist es in Entwicklungsländern häufig umgekehrt. Ungewollte Schwangerschaften sind ein großes soziales, gesundheitliches und wirtschaftliches Problem. Maßnahmen, die dazu beitragen, ungewollte Schwangerschaften zu verhindern, sind daher auch jenseits aller bevölkerungspolitischen Überlegungen ein wichtiger humanitärer Beitrag und ein notwendiger Bestandteil für eine zukunftsfähige Entwicklung. Ungewollte Schwangerschaften führen jedes Jahr zu Millionen von Schwangerschaftsabbrüchen, die häufig unsachgemäß und unter unhygienischen Bedingungen durchgeführt werden. Sie sind auch einer der Hauptfaktoren für das rapide Wachstum der Weltbevölkerung. Ungewollte Schwangerschaften sind aber keineswegs die einzige Ursache des Bevölkerungswachstums. Vor allem die junge Altersstruktur in vielen Ländern bewirkt, dass Jahr für Jahr größere Geburtenjahrgänge ins Elteralter kommen. So nimmt die Zahl der Frauen, die Kinder bekommen, stetig zu. Dies führt zu steigenden Geburtenzahlen, obwohl die durchschnittliche Zahl der Kinder pro Paar sinkt.

Mehr als eine Milliarde Menschen sind heute zwischen 15 und 20 Jahre alt. Von ihrem Verhalten wird es abhängen, in

welchem Maße die Weltbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten weiter wächst.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang vor allem, zu welchem Zeitpunkt Mädchen bzw. Frauen ihr erstes Kind bekommen. Ein durchschnittlich höheres Alter bei der ersten Geburt hat bei der größten Elterngeneration aller Zeiten einen enormen demographischen Effekt. Der Zeitpunkt der ersten Schwangerschaft ist zudem für das Leben der jeweiligen Frau von langfristiger Bedeutung. Frauen bzw. Mädchen, die früh ihr erstes Kind bekommen, haben meist weniger Möglichkeiten, eine Ausbildung zu beenden und eigenes Einkommen zu erwerben. Im Laufe ihres Lebens bekommen sie meist auch mehr Kinder als Frauen, die später ihr erstes Kind zur Welt bringen. Der dritte Faktor, der das Weltbevölkerungswachstum direkt beeinflusst, wird meist stark überschätzt: Nur ungefähr ein Fünftel des Weltbevölkerungswachstums beruht darauf, dass sich Menschen in Entwicklungsländern mehr als zwei Kinder wünschen. Gleichwohl konzentriert sich die bevölkerungspolitische Diskussion häufig darauf, wie Bedingungen geschaffen werden könnten, um den Wunsch nach kleineren Familien zu begünstigen.

Es ist jedoch ethisch fragwürdig, auf den Kinderwunsch von Menschen Einfluss nehmen zu wollen. Zudem sind entsprechende Einstellungsänderungen nur schwer und mit hohem Aufwand zu erzielen. Die Mittel, die hierfür aufgewendet werden, könnten effektiver in Maßnahmen zur Verhütung ungewollter Schwangerschaften investiert werden.

Mehr als 120 Millionen Paare, die verhüten möchten, haben keinen Zugang zu den erforderlichen Informationen und Familienplanungsdienstleistungen. Und dieser ungedeckte Bedarf nimmt zu.

Herausforderung Armutsbekämpfung

Die Verbesserung der Lebenssituation von immer mehr Menschen ist eine weitere große Herausforderung, der wir uns im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum stellen müssen. Die meisten Expert/innen, die sich mit globalen Fragen der Energieversorgung, der Ernährung oder der Umwelt beschäftigen, gehen jedoch davon aus, dass die Weltbevölkerung in den nächsten 50 Jahren, entsprechend der so genannten mittleren Projektionsvariante der Bevölkerungsentwicklung, um weitere 3,3 Milliarden Menschen wächst. Diese mittlere Projektion ist eine von vielen möglichen Varianten. Sie basiert auf der Annahme, dass die Kinderzahl pro Frau im Weltdurchschnitt innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahrzehnte auf 2,1 Kinder pro Paar sinken wird. Was passiert jedoch, wenn die Kinderzahlen nicht so weit zurückgehen, sondern sich z. B. auf durchschnittliche 2,5 Kinder pro Paar einpendeln? Zahlreiche Strategien für eine zukunftsfähige Entwicklung, die auf der mittleren Projektion beruhen, dürften zum Misserfolg verdammt sein, weil dann erheblich mehr Menschen als nach der mittleren Variante auf der Erde leben würden. Solches Scheitern würde dramatische Folgen für die Existenz vieler Menschen haben.



Für viele Familien in Südafrika haben sich die Lebensbedingungen kaum verbessert.

Sind die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion bald erreicht?

Seit jeher leben die meisten Menschen auf der Welt von der Landwirtschaft. Sie ist die wesentliche Grundlage für unsere Ernährung. Doch pro Kopf gerechnet, wird die landwirtschaftliche Nutzfläche immer knapper. 1960 stand für jeden Bewohner der Erde knapp ein halber Hektar Ackerland zur Verfügung. Heute ist es – hauptsächlich infolge des Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern – nur noch ein Viertel Hektar. Ohne die Ausweitung der Flächen, z. B. durch die Abholzung von Wäldern, wäre es sogar noch weniger. Es gibt jedoch nicht mehr viele Flächen, die noch zu erschließen sind. In vielen Ländern schrumpft die Anbaufläche sogar infolge von Übernutzung und Bodenerosion.

In der Mitte des nächsten Jahrhunderts muss ein Hektar Ackerland voraussichtlich neun Menschen ernähren. Schon heute, wo immerhin noch mehr als die doppelte Landfläche zur Verfügung steht, leiden mehr als eine Milliarde Menschen an chronischer Unter- oder Mangelernährung. Aber der Hunger in der Welt ist heute noch überwiegend auf Kriege, Dürren, ineffiziente Anbaumethoden und extreme Diskrepanzen der Einkommens- und Besitzverhältnisse in vielen Ländern zurückzuführen, nicht auf den Mangel an Ackerland. Trotz der zunehmenden Landknappheit konnte die Steigerung der weltweiten Nahrungsproduktion mit dem Bevölkerungswachstum bislang noch Schritt halten.

Die Steigerung der Nahrungsproduktion stößt inzwischen jedoch an ihre Grenzen. Seit 1985 haben sich die Pro-Kopf-Erträge fast überall verringert. Düngung,

Er wusste nicht, dass es unmöglich ist, also hat er es gemacht.

Jean Cocteau

Schädlingsbekämpfung und andere menschliche Einflüsse haben weltweit eine Landfläche geschädigt, die so groß ist wie China und Indien zusammen. Wie der „Wettlauf zwischen Pflug und Storch“ ausgehen wird, ist also noch nicht entschieden. Wenn die Verbesserungen, die bereits auf dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik möglich sind, durchgeführt würden, könnte für die Zukunft viel zur weiteren Steigerung der Nahrungserzeugung erreicht werden. Doch in viele Fällen fehlen Investitionen und der politische Wille, grundlegend etwas zu ändern.

Vor allem benötigt die Umsetzung entsprechender Maßnahmen Zeit. Eine Verlangsamung des Weltbevölkerungswachstums vermindert den Zeitdruck, ermöglicht, dass Finanzmittel investiven statt konsumtiven Ausgaben zugute kommen, und kann daher viel zur Sicherung der Ernährungsgrundlage beitragen. Dies ist nur ein Beispiel, wie eine Verlangsamung des Bevölkerungswachstums dazu beitragen kann, knapper werdende Ressourcen zu entlasten. Eine andere wichtige Ressource, auf die dies zutrifft, ist zum Beispiel Süßwasser.

Politik für Eine Welt

Um die demographische Entwicklung zu steuern und die Folgen des Bevölkerungswachstums zu bewältigen, ist verstärktes bevölkerungspolitisches Engagement nötig. Auf der Internationalen

Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung hat sich die internationale Gemeinschaft 1994 darauf geeinigt, welche Maßnahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung erforderlich sind und dass dazu eine humanitäre Bevölkerungspolitik notwendig ist. Doch es fehlt vielfach der politische Wille, um die großen Aufgaben anzupacken. Zur Finanzierung des Programms hatten die Industrieländer ihre Unterstützung zugesagt. Sie sind jedoch bisher bei weitem hinter ihren Finanzziele zurückgeblieben.

Dabei ist schnelles und entschlossenes Handeln heute so dringend wie nie zuvor. Das Weltbevölkerungswachstum hat das 20. Jahrhundert entscheidend geprägt, und es wird auch in den nächsten Jahrzehnten ein wichtiger globaler Faktor sein. Weltweit wächst der Bedarf an Familienplanung – in den am stärksten betroffenen Ländern um bis zu 80 Prozent innerhalb der nächsten 15 Jahre. Nutzen wir unsere Chance, die Perspektiven der Menschen in Entwicklungsländern zu verbessern und die Zukunft der Weltbevölkerung zu gestalten. Welche entwicklungspolitischen Maßnahmen dafür erforderlich sind, ist seit langem bekannt – wir müssen sie nur umsetzen.

Dr. Hans Fleisch, DSW

Naturfreund ist derjenige, der sich mit allem, was in der Natur lebt, innerlich verbunden weiß, an dem Schicksal der Geschöpfe teilnimmt, ihnen, soviel er kann, aus Leid und Not hilft und es nach Möglichkeit vermeidet, Leben zu schädigen oder zu vernichten.

Albert Schweitzer



für Sie da:

Egal ob abends, nachts oder am Wochenende. Für die Deutsche Bank 24 ist es nie zu spät. Ab sofort können Sie Ihre Bankgeschäfte zu jeder beliebigen Zeit erledigen. Selbstverständlich in der Filiale. Gerne auch außerhalb der Öffnungszeiten entweder bei uns oder bei Ihnen zu Hause. Zusätzlich sind wir rund um die Uhr, sieben Tage die Woche per Telefon oder online erreichbar. Sie wollen mehr Informationen? Jederzeit. Unter 0 18 03-24 00 00 oder online: www.deutsche-bank-24.de. Oder in einer unserer Filialen in Thüringen.

Deutsche Bank 

Dies sind die Worte des Dalai Lama zum Beginn des neuen Jahrtausends am 1.1.2001.

Nur ein paar Sekunden sind nötig, um sie zu lesen und über sie nachzudenken.

Beachte, dass große Liebe und großer Erfolg immer mit großem Risiko verbunden sind.

Wenn du verlierst, verliere nie die Lektion.

Habe stets Respekt vor dir selbst, Respekt vor anderen, und übernimm Verantwortung für deine Taten.

Bedenke: Nicht zu bekommen, was man will, ist manchmal ein großer Glücksfall.

Lerne die Regeln, damit du sie richtig brechen kannst.

Lasse niemals einen kleinen Disput eine große Freundschaft zerstören.

Wenn du feststellst, dass du einen Fehler gemacht hast, ergreife sofort Maßnahmen, um ihn wieder gutzumachen.

Verbringe jeden Tag einige Zeit allein.

Öffne der Veränderung deine Arme, aber verliere dabei deine Werte nicht aus den Augen.

Bedenke, dass Schweigen manchmal die beste Antwort ist.

Lebe ein gutes, ehrbares Leben. Wenn du älter bist und zurückdenkst, wirst du es noch einmal genießen können.

Eine liebevolle Atmosphäre in deinem Heim ist das Fundament für dein Leben.

In Auseinandersetzungen mit deinen Lieben sprich nur über die aktuelle Situation. Lasse die Vergangenheit ruhen.

Teile dein Wissen mit anderen. Dies ist eine gute Möglichkeit, Unsterblichkeit zu erlangen.

Gehe sorgsam mit der Erde um. Begib dich einmal im Jahr an einen Ort, an dem du noch nie gewesen bist.

Bedenke, dass die beste Beziehung die ist, in der jeder Partner den anderen mehr liebt als braucht.

Messe deinen Erfolg daran, was du für ihn aufgeben musstest.

Widme dich der Liebe und dem Kochen mit ganzem Herzen.

Behalte diese Nachricht nicht. Das Mantra muss deine Hände in 96 Stunden verlassen haben. Du wirst eine sehr angenehme Überraschung erleben, selbst wenn du nicht abergläubisch bist. Schickst du diese Nachricht an 0-4 Leute, so wird sich dein Leben leicht verbessern; 5-9 Leute, so wird sich dein Leben zu deiner Zufriedenheit verbessern; 9-14 Leute, so wirst du in den nächsten drei Wochen mindestens fünf Überraschungen erleben; 15 und mehr Leute, so wird sich dein Leben drastisch verbessern, und alles, was du dir je erträumt hast, wird Formen annehmen.

Weil die SRzG und YOIS das Mantra hiermit an 6.000 Leute verschicken, können wir auf eine sehr positive Entwicklung unserer beiden Organisationen hoffen. (ff)

Ethische Aspekte von Bevölkerungspolitik Welche Eingriffe des Staates in die privaten Entscheidungen von Familien sind gerechtfertigt?

Generationengerechtigkeit ist eine von mehreren Begründungen für ökologische Nachhaltigkeit. Wenn nun auch bevölkerungspolitische Maßnahmen mit dem Ziel unternommen werden, ökologische Nachhaltigkeit herzustellen oder zu fördern, so scheinen solche Maßnahmen aus ethischer Perspektive gerechtfertigt – immerhin ist das rasante Bevölkerungswachstum die größte singuläre Bedrohung für etwa die Artenvielfalt. Allerdings bleibt natürlich ein Zielkonflikt mit den Menschenrechten, zu denen auch das Recht auf ungestörte Fortpflanzung gehört, bestehen. Die Grundfrage lautet: Darf ein Staat die Kinderzahl seiner Bürger beeinflussen, indem er Anreize für ein bestimmtes gewünschtes Reproduktionsverhalten setzt? Hier wurde ein ethisches Dilemma identifiziert, denn immerhin ist die Wahl der gewünschten Kinderzahl ein elementares, mit dem eigenen Lebensglück eng verknüpftes Interesse jedes Einzelnen. Da sich allerdings nachweisen lässt, dass Be-

völkerungspolitik zumindest in der Theorie ein Erfolg versprechendes Mittel ist, um einen Zusammenbruch zentraler ökologischer Systeme abzuwenden, so ist das individuelle Interesse des Einzelnen abzuwägen gegenüber dem Gemeinwohl und den Interessen künftiger Generationen. Zu hohes Bevölkerungswachstum gefährdet das Wohlergehen der betroffenen Gesellschaften, das Ökosystem und damit die Zukunft der Spezies Mensch mit seinem Anspruch auf individuelle Freiheit. Diese Gefahren sind ernst genug, um den traditionellen Wert uneingeschränkter Fortpflanzung und einer wachsenden Bevölkerung zu hinterfragen. Wie aber ist vorzugehen, wenn die Wahrung der Menschenwürde und die volle Entfaltung der Persönlichkeit heutiger Generationen mit der Wahrung der menschlichen Würde künftiger Generationen und deren voller Persönlichkeitsentfaltung kollidiert? Das Fazit ist: Da in diesem ethischen Dilemma in jedem Fall Grundrechte eingeschränkt wer-

den müssen – entweder die heutiger Generationen oder die künftiger –, steht kein unproblematischer Weg offen.

In der Praxis löst sich das ethische Problem auf.

Solch ethische Dilemmata sind aber zunächst dort nicht relevant, wo der individuelle Kinderwunsch ohnehin unter der tatsächlichen Kinderzahl rangiert. Wenn Individuen mangels anderer Optionen, mangels verfügbarer Verhütungsmittel oder mangels Sexualerziehung mehr Kinder haben müssen, als sie laut eigener Aussage wünschen, so besteht kein ethisches Dilemma, sondern eine Übereinstimmung von Individualinteressen und Interessen künftiger Generationen. In diesem Fall ist es geboten, dass sowohl die Entwicklungsländer wie auch die Industrieländer alle Anstrengungen unternehmen, den gewünschten Bedarf (unmet need) an Verhütungsmitteln zu decken. Wenn alle Frauen, die sich gegen weitere Kinder aussprechen, auch wirklich kei-

ne bekommen müssten, würde nach Angaben der UNO die Anzahl der Geburten in Afrika um 27 Prozent reduziert, in Asien um 33 Prozent und in Lateinamerika um 35 Prozent. Außerdem könnte die Müttersterblichkeit um die Hälfte verringert werden. Wenn alle Paare in die Lage versetzt würden, ihre Familiengröße exakt zu planen, so könnte dies hinsichtlich der Bevölkerungsgröße der weniger entwickelten Länder im Jahr 2100 einen Unterschied von schätzungsweise 2,2 Milliarden Menschen bedeuten. Der Unterschied zwischen dem Einsatz wirkungsvoller Familienplanungsprogramme und gar keinen Programmen könnte nach Angaben von Leisinger 4,6 Mrd. Geburten ausmachen – das entspricht der gesamten Erdbevölkerung in den frühen achtziger Jahren.

Das existierende ethische Dilemma ist also nur theoretischer Art. In der Praxis liegt statt eines ethischen Dilemmas das Gegenteil vor, nämlich eine ethisch doppelt gebotene Handlungsstrategie. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte von

heute lebenden Individuen und von künftigen Generationen kann durch ein und dieselbe Aktion gewahrt werden. Diese Erkenntnis bestimmt seit der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994 die bevölkerungspolitische Debatte. Dabei wird auch thematisiert, dass die von Frauen gewünschte Kinderzahl wesentlich von gesellschaftspolitischen Voraussetzungen wie der Gleichberechtigung von

Frauen in überwiegend patriarchalischen Gesellschaften abhängt. Auch eine Erhöhung des Bildungsniveaus von Frauen (und Männern) senkt die Zahl der Schwangerschaften. Auch hier besteht also eine Übereinstimmung zwischen sozialpolitischen und bevölkerungs- bzw. umweltpolitischen Zielen für die weitere Entwicklung der Entwicklungsländer.

Jörg Tremmel, SRzG



Ist Deutschland überbevölkert?

PAT - Die „Weltformel“ der Bevölkerungswissenschaft lautet: Naturbelastung ist eine Funktion von Bevölkerung, Konsum und Technologie/Organisation, oder kurz: $N = f(B, K, T)$. Ihr Verständnis ist der Schlüssel dafür, zu begreifen, warum Nachhaltigkeit im weltweiten Maßstab nicht ohne Bevölkerungspolitik zu verwirklichen sein wird.

Die Bedeutung der drei Faktoren kann gut am Beispiel des Schadstoffausstoßes deutscher PKWs erläutert werden. Gegenwärtig besitzt in Deutschland eine Bevölkerung von rund 82 Millionen Menschen eine PKW-Flotte von rund 43 Millionen PKW mit einem durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch je PKW von ca. 8,8 Liter Benzin auf 100 km.

- Wenn es z. B. gelänge, den Durchschnittsverbrauch um die Hälfte auf 4,4 Liter Benzin auf 100 km zu senken, so wäre rein mathematisch der Schadstoffausstoß nur etwa halb so hoch (vorausgesetzt, alles andere bliebe gleich und die Faktoren wären nicht untereinander verknüpft).

- Wenn die Menschen nur noch halb so viel Auto fahren, so wäre ebenfalls der Schadstoffausstoß nur rund halb so hoch.

- Wenn die Bevölkerung geringer wäre bzw. in Zukunft sinken würde, so nähme ebenfalls die Naturbelastung ab.

Allerdings ist stets der Rebound-Effekt zu beachten, d. h. eine starke Reduktion einer Variablen führt tendenziell zu einem Anstieg einer anderen Variable. So wird der vom Statistischen Bundesamt prognostizierte Rückgang der Bevölke-

rung in Deutschland auf 72,4 Millionen Menschen bis zum Jahr 2040 aller Voraussicht tendenziell zu einem Anstieg des Faktors Konsum führen, da die bestehende Infrastruktur kaum verringert werden wird.

Nachhaltigkeitsstrategien ohne das B in der Formel?

Obwohl es inzwischen umfangreiche Literatur zu Nachhaltigkeitsstrategien gibt, werden Fragen der Bevölkerungspolitik, also einer Veränderung des B in der Formel, meist nur dann thematisiert, wenn es um die Entwicklungsländer geht. In den meisten Konzepten für Europa, wird die Bevölkerungsgröße als nicht beeinflussbare (exogene) Variable betrachtet, die die anderen Faktoren (wie z. B. das Konsum-niveau) bestimmt.

Nach der hier besprochenen Formel (auf Englisch: PAT-Formel, d.h. Ecological Impact = Population, Affluence, Technological Impact) ist Naturbelastung jedoch immer auch eine Funktion menschlicher Bevölkerungsgröße bzw. -dichte. Während die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und rückständiger Technologie (Stichwort: Effizienz-

revolution) und zwischen Umweltbelastung und Konsum (Stichwort: Suffizienzansatz) in Deutschland breit diskutiert werden, wird die wichtige Rolle des Bevölkerungsfaktors bei der Suche nach einer umfassenden nationalen Strategie für ökologische Nachhaltigkeit bisher kaum thematisiert. Es stellt sich also die Frage, ob Nachhaltigkeitsstrategien auch in der (stärker) entwickelten Welt das Bevölkerungsthema einschließen sollten.

Die Industrieländer, also auch Deutschland, tragen zu einigen globalen Umweltproblemen, z. B. dem Ressourcenverbrauch, mehr bei als die Entwicklungsländer. Es liegt also der Schluss nahe, dass deshalb z. B. auch Deutschland überbevölkert sei und der ohnehin vom Statistischen Bundesamt prognostizierte Bevölkerungsrückgang bis zum Jahr 2040 auch einmal positiv gesehen werden könnte, anstatt immer nur das drohende Aussterben der Deutschen zu beklagen und krampfhaft über einen Ausgleich in Form von Einwanderung oder einer Steigerung der Geburtenrate nachzudenken.

Jörg Tremmel, SRzG

Weltbevölkerung und die Rechte zukünftiger Generationen

Wir sind heute auf diesem Globus 6 Mrd. Menschen. Gerade einmal 35 Jahre zurück waren wir 3 Mrd. Das bedeutet, dass sich die Weltbevölkerung in nur 35 Jahren verdoppelt hat. Heute ist ein Drittel der Weltbevölkerung unter 15 Jahre alt, d. h., die Menschheit ist im Durchschnitt sehr jung

Eine Folge davon ist, dass wir uns sehr rasch und praktisch unvermeidbar und selbst unter optimistischen Annahmen bis zur Mitte des Jahrhunderts in Richtung 9 bis 10 Mrd. Menschen bewegen werden. Dabei liegt allein China heute bei 1,3 Mrd. und Indien bei 1 Mrd. Menschen. Indien hat ein hohes Bevölkerungswachstum und wird wohl im Jahr 2050 bei 1,5 Mrd. Menschen liegen, dann vielleicht China überholen, sodass Indien und China 2050 die Weltbevölkerung von 1965, also 3 Mrd. Menschen, in ihren Grenzen beherbergen werden.

Ist das nun ein Problem? Oder anders gefragt: Wie viele Menschen hält der Globus aus? Oder anders gefragt: Wie hängen Weltbevölkerungsentwicklung, Nachhaltigkeit und die Frage der Rechte zukünftiger Generationen miteinander zusammen? Nun merkt man rasch, dass die Frage so falsch gestellt ist. Die Frage muss besser lauten: Wie viele Menschen auf welchem mittleren Lebensstandard erträgt die Welt bei welcher Technik? Und dann ist noch einmal zu differenzieren, nämlich ob man diese Frage in einer kurzfristigen Perspektive stellt oder in einer längerfristigen.

Wenn die Rechte zukünftiger Generationen eine Rolle spielen, dann ist die Frage in einer längerfristigen Perspektive zu stellen, dann ist zu fragen: Wie viele Menschen auf welchem Lebensstandardniveau kann bei welchem Pfad der technischen Entwicklung dieser Globus langfristig tragen? Nun wissen wir, dass heute mit nur 6 Mrd. Menschen der Globus unter Nachhaltigkeitsaspekten an vielen Stellen bereits bis an die Grenze des Möglichen belastet ist, das betrifft mindestens die Klimafrage, Böden, Meere, Wälder, Wasser und genetische Vielfalt. Hier sind heute schon die Rechte zukünftiger Generationen gefährdet. Und das in einer Situation, wo nur etwa ein Fünftel der Menschheit wirklich komfortabel lebt. Dieses Fünftel bildet im Wesentlichen der reiche Norden, und dieses Fünftel aller Ressourcen verbraucht vier Fünftel aller Ressourcen und erzeugt rund vier Fünftel der Umweltbelastungen, und das schizophrenerweise mit der saubersten Technik.

Man merkt an dieser Stelle, wie scheinheilig eine Diskussion ist, die versucht, alle Probleme allein auf bessere Technik, vor allem im Süden des Globus, zu ver-

schieben, und die Weltprobleme allein in den großen und rasch wachsenden Massen an armer Bevölkerung im Süden des Globus sieht. De facto liegen alle wesentlichen Probleme heute zunächst beim reichen Norden, und das, noch einmal, beim Einsatz der saubersten Technik. Das Problem ist hier, dass wir zwar pro Wertschöpfungseinheit immer sauberer werden, aber letztlich aufgrund unserer ständig wachsenden Konsumansprüche im politischen Prozess die Dinge so steuern, dass letztlich die Anzahl der Wertschöpfungseinheiten immer noch schneller wächst, als wir pro Wertschöpfungseinheit sauberer werden. Das Problem, vor dem wir heute weltweit stehen, ist das kollektive Empfinden, dass die so beschriebene Dynamik mittlerweile an Grenzen stößt. Die Grenzen werden gerade politisch präzisiert. Sie sind bei der Klimafrage evident, ebenso bei den landwirtschaftlich nutzbaren Böden. Wir stehen nun aber gleichzeitig, getrieben über die ökonomische Globalisierung und die Möglichkeiten der Informationstechnik, vor einem weiteren gigantischen Ausdehnungsprozess. Die Zahl der Menschen wird sich, wie beschrieben, relativ kurzfristig von 6 auf 10 Mrd. erhöhen. Das wäre in sich schon ein Problem. Aber noch viel dramatischer ist, dass wir damit rechnen müssen, dass ein hoher Lebensstandard, so wie er für den Norden dieser Erde mittlerweile normal ist, das - erreichbare - Ziel von vielleicht 3 Mrd.

Menschen darstellt, die alle unseren Lebensstil erreichen wollen, während wir alles tun werden, unseren Lebensstil weiter zu verbessern. Daraus resultieren dann extreme zusätzliche Umweltbelastungen und kurzfristige Belastungssteigerungen von denen niemand weiß, ob und wie diese überhaupt je aufgefangen werden sollen.

An dieser Stelle sei erwähnt, dass es eine gewisse Hoffnung gibt, die Dinge über eine dramatische Steigerung der Ressourceneffizienz der Produktionsprozesse zu lösen. Man zielt hier auf eine Dematerialisierung um einen doppelten Faktor 10. Die Idee ist, bis zum Ende des nächsten Jahrhunderts dank besserer Technik 10-mal so viel zu produzieren wie heute und das bei nur einem Zehntel der heutigen Umweltbelastungen pro Wertschöpfungseinheit, sodass die zehnfache Menge produziert werden könnte, ohne die Umwelt mehr zu belasten als bisher. Die Frage ist allerdings, ob dieser Ansatz, der alleine auf den technischen Fortschritt setzt, für sich das Problem löst. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass die Weltpolitik im Rahmen der Globalisierung eine immer weiter gehende Deregulierung als das Instrument der Wahl sieht, um diese neuen Technologien letztlich in die Welt zu bringen.

Es ist eine stark europäisch geprägte Sicht, eine Sicht des Information Society Forums der EU, des Forums Informationsgesellschaft der Bundesregierung, auch eine Sicht des Global Society Dialogues,



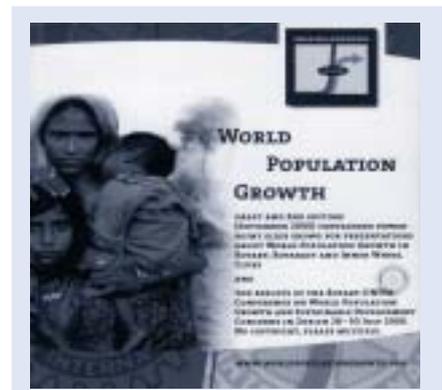
Beratung, die ankommt: Eine Projekt-Mitarbeiterin spricht mit Jugendlichen über Verhütung.

des Club of Rome u. a., dass diese Hoffnung so nicht zutrifft. Das Problem ist hier, dass absolute Mehrung von Wertschöpfung erfahrungsgemäß nicht weiterhilft. Es hilft dann nicht weiter, wenn die Verteilungsfragen nicht gelöst sind. Oder um es anders auszudrücken: die Schere zwischen Arm und Reich kann sich auch bei einer Verzehnfachung des Wohlstands weiter öffnen, und die reichsten 10 % der Weltbevölkerung haben gegebenenfalls überhaupt kein Problem, den gesamten Zuwachs für sich alleine auszugeben, z. B. alleine dafür, um mit besserer Medizin ihr Leben zu verlängern und permanent eine etwas höhere Jugendlichkeit zu verwirklichen. Allein an dieser Stelle kann man beliebig viel Geld „versenken“, und zwar für die Befriedigung der nach oben offenen Ansprüche relativ kleiner Bevölkerungsgruppen. Aber gerade indem man die Spaltung erhöht, treibt man den Prozess des Aufholens weiter an, erzeugt neue Armut am unteren Ende der Weltsozialskala und erhält als Folge davon immer noch mehr Kinder, also immer mehr Menschen, die unter Bedingungen einer sozialen Spaltung letztlich den Globus immer stärker belasten.

Das Problem, das hier im Raum steht, nennt man auch den Bumerang-Effekt. Es ist der Effekt, der uns historisch seit 10.000 Jahren zeigt, dass Technik oft nicht die Lösung ist, sondern über die Lösung alter Probleme neue, noch größere Probleme erzeugt. Die besten Beispiele aus jüngster Zeit sind die Hoffnung auf ein papierloses Büro, das sich mittlerweile als der Ort des größten Papierverbrauchs in der Geschichte der Menschheit erweist oder die Hoffnung auf die Vermeidung von Elektronikschrott durch Miniaturisierung von Rechnern. Hier be-

steht die Folge in unendlich mehr Rechnern und zusätzlichen Mobiltelefonen, so dass die Menge des Elektronikschrotts dauernd wächst, statt abzunehmen. Es gab auch einmal die Hoffnung darauf, dass wir mit moderner Telematik weniger reisen würden; tatsächlich reisen wir heute mehr als je zuvor und koordinieren nun während der Reise mit Hilfe der Telematik die Fortsetzung der Reise. Das heißt zusammen genommen, dass auch die Weltbevölkerungsfrage, richtig zu Ende gedacht, aufs Engste verknüpft ist mit der weltweiten sozialen Frage und dass die Etablierung weltweit vernünftiger sozialer Verhältnisse, inklusive Investitionen in Ernährung, Ausbildung, Rolle der Frau, Rentensysteme, Gesundheitssysteme sowie dann auch Aufklärung und bedarfsabhängig Zugang zu Verhütungsmitteln die Schlüssel sind, die Trends in der Bevölkerungsentwicklung umzukehren. Um es anders auszudrücken: Die Menschheit muss von 10 Mrd. nicht weiter nach oben wachsen, sie kann auch mit einem weltweiten Erreichen der heutigen europäischen Reproduktionsrate über ein paar hundert Jahre wieder auf 1 Mrd. abschmelzen, aber nur, wenn es uns gelingt, global die sozialen Bedingungen zu finanzieren, die notwendig sind, eine solche Umkehr zu initiieren. Dies entspricht im Übrigen der Idee der Co-Finanzierung der internen Kohäsion, weil sie typisch für die EU und ihre Erweiterungsprozesse ist – übrigens im scharfen Gegensatz zu der Situation bei NAFTA.

Insofern ist die Bevölkerungsfrage aufs Engste mit sozialen Fragen und mit Co-Finanzierungsfragen auf Weltordnungsebene verknüpft. Das wiederum ist im Kern auch die Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung, d. h., nachhaltige



Wenn Sie selbst einen Vortrag zum Thema Weltbevölkerung halten wollen, können Sie kostenlos eine CD-Rom mit Powerpoint-Vorträgen bestellen bei: Frithjof M. Finkbeiner, Kreuzeckstr. 2, 82362 Pähl frithjof.finkbeiner@t-online.de

Entwicklung und die Bevölkerungsfrage sind aufs Engste verknüpft. Wenn man dies aus der Sicht einer Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen, die sich insbesondere für Generationengerechtigkeit einsetzt, noch anders formulieren will, landet man zum Schluss bei der Feststellung, dass zumindest unter demokratischen Bedingungen so etwas wie eine Generationengerechtigkeit nur zu haben ist, wenn für die lebenden Menschen ein bestimmtes Niveau an sozialem Ausgleich weltweit erreicht wird. Unter demokratischen Bedingungen sind Bündnisse zugunsten noch nicht geborener Menschen und Bündnisse zugunsten der Natur nur dann schließbar, wenn auch die ärmsten lebenden Menschen in Würde leben können. Liegen Menschen in großer Zahl auf der Straße, sind sie immer die naheliegendste Aufgabe oder zumindest das Argument, warum man an anderer Stelle nichts tun kann. Will man also die Armutsfrage nicht lösen, kann man die Nachhaltigkeitsfrage ebenfalls nicht angehen. Insofern sind die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für Menschenwürde weltweit und für nachhaltige Entwicklung eng verknüpft mit den Zielsetzungen der Stiftung. Ein Minimum an sozialem Standard rund um den Globus ist Voraussetzung für eine Zukunftsfähigkeit, die zukünftigen Generationen ähnliche Entwicklungschancen ermöglicht wie uns.

Prof. Dr. Dr. Franz Josef Radermacher,
Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW)
(s. Interna S. 26)

„You can believe“

ist ein Video und ein Song, die anlässlich der EXPO 2000 entstanden sind. „The Promise of a European Way“. Der Song reflektiert die Vorstellungen des Information Society Forums der EU über einen „European“ oder „Balanced Way“ in die Zukunft: Nachhaltigkeit, die an vernünftigen weltweiten Ordnungsbedingungen hängt. Diese Sicht wird thematisiert in einem dreiteiligen Song, der einerseits die Schönheit der Welt beschreibt, dann das Zerstörungspotenzial der heutigen ökonomisch-materiellen Prozesse aufwirft und schließlich mit der Frage einer besseren Ordnung und einer „Brotherhood for all“ auf eine zukunftsfähige nachhaltige Entwicklung hinweist.

Das Video und die CD „You can believe“ können Sie bestellen:

Video für DM 20,00 inkl. Versandkosten bei FAW Ulm, Herrn Harald Pandl, 89081 Ulm, Fax 0731/501-111 und E-Mail: pandl@faw.uni-ulm.de

CD bei der Künstlerin selbst: Frau Solvig Wehsener, Wiesenstr. 30, 16352 Schönwalde, Fax 033056 / 2 07 95 und Internet www.solvig.de.

Global Governance

Global Governance ist ein moderner Politikansatz, der versucht, die heutigen weltweiten Probleme im Bereich der Bevölkerungsentwicklung, der Umwelt, der Armut, der Kriminalität, der Spaltung in Reich und Arm und Nord und Süd zu bewältigen. Dabei stehen Ziele wie Nachhaltigkeit und die Lebensbedingungen der heutigen und zukünftigen Generationen im Vordergrund.

Problematisch ist dabei, dass aufgrund der ökonomischen Globalisierung die meisten Probleme nicht mehr national gesteuert werden können – im Gegenteil: Die Globalisierung verschärft in vielem die Lage und bewirkt teilweise sogar Rückschritte. Nötig wären adäquate weltweite Institutionen und Machtmittel, aber hierfür fehlt der Konsens.

Global Governance ist jetzt der Versuch, über Absprachen, Verträge und Regime auf vielen Ebenen zu einer insgesamt tragfähigen Steuerung zu kommen. Hierbei ist das Subsidiaritätsprinzip zu beachten. Ferner sind neben den Regierungen weitere Akteure richtig einzubinden. Seit langem sind die international operierenden Konzerne beteiligt, zunehmend wird aber auch deutlich, dass die Weltzivilbevölkerung, insbesondere die Nichtregierungsorganisationen hier eine wichtige Rolle spielen müssen.

Wir beobachten heute weltweit, dass aufgrund der technischen Entwicklung Länder wie die USA, Europa und Indien ökonomisch aufs Engste miteinander verknüpft sind, während eine Homogenität im Verständnis dessen, was man um und mit der Ökonomie erreichen will, nicht gegeben ist. Im Gegenteil: Die Europäer stehen hier für die Idee einer sozial motivierten Umverteilung, während die USA mit pyramidalen Strukturen gut leben können, und die Inder mit einer tief gestaffelten sozialen Hierarchie und dazu passenden Religionen seit jeher im Einklang sind.

Wir wissen von den Erweiterungen der EU, dass der Schlüssel für die friedvollen Verhältnisse in Europa jeweils die Co-Finanzierung über so genannte Structural oder Cohesion Funds ist. Hier geht es immer darum, dass der hinzukommende, schwächere Teil sukzessive die Standards des höher entwickelten Teils übernimmt, was er aber letztlich nur kann, wenn über Co-Finanzierung die Aufgabe der Wettbewerbsvorteile (über niedrigere Standards) honoriert wird, die er bisher wahrgenommen hat. Insofern sind die meisten dieser Prozesse in europäischer Tradition von der Art, dass Co-Finanzierung gegen die Angleichung von Standards

ausgehandelt wird, wobei die Angleichung umso schneller erfolgen kann, je höher das Niveau der Co-Finanzierung ist.

Es ist nun eine wesentliche Frage, wie man in diesem komplizierten Umfeld, das ja insbesondere auch mit sozialen Fragen zu tun hat, mit den Umweltproblemen umgeht. Wir sind global in einer sehr schwierigen Situation in Bezug auf viele Ressourcen, seien dies das Klima, die Böden, das Wasser, die genetische Vielfalt, die Meere, die Wälder. Schutz dieser Ressourcen ist zunächst einmal in Bezug auf den ökonomischen Prozess eine Restriktion, dies bedeutet also, dass Produkte teurer werden, es bedeutet, dass die Menschen im Mittel weniger konsumieren können. Hierüber kann man sich in einer homogenen Bevölkerung verständigen, die soziale, kulturelle und ökologische Verhältnisse erhalten will, wie sie sind.

Es genügt nicht, zum Fluss zu kommen, mit dem Wunsch, Fische zu fangen. Man muss auch das Netz mit-bringen.

Chinesische Weisheit

Es wird sehr schwierig, sich hier zu verständigen, wenn man mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Logiken, beispielsweise à la USA, Europa, Indien, in eine solche Diskussion eintritt. Denn dann sind auch die sozialen Differenzen innerhalb Amerikas und noch mehr die sozialen Nöte innerhalb Indiens in einem solchen Prozess mit abzudecken. Man landet dann sehr schnell bei Freihandelsprinzipien als kleinstem Nenner. In der Folge ist man dann allerdings mit „Abwärtsspiralen“ konfrontiert. Das ist der Prozess, den wir heute erleben. Letztlich läuft eine Weltökonomie unter der Logik der WTO in der beschriebenen Weise ab. Das ist kein Vorwurf an die WTO, für die heutige Situation war sie ursprünglich nicht gedacht, aber in der Realität unterminiert dieser Prozess nun in der Summe soziale, ökonomische und kulturelle Anliegen rund um den Globus und gefährdet unsere gemeinsame Zukunft. Hier setzt die Herausforderung einer Global Governance an. Diese muss Aufgaben einer vernünftigen Weltordnung,

einer Weltregierung, eines Weltparlaments anders regeln. Global Governance ist ein verteiltes Politiksystem, das vor der Herausforderung steht, diesen Globus zukunftsfähig zu steuern, so dass wir im Sinne der Weltkonferenz von Rio zukünftigen Generationen ähnliche Potenziale erhalten wie für uns. Dies ist ja auch ein Hauptanliegen der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen.

Aus vielerlei Gründen wäre eine Weltregierung keine schlechte Lösung, inkl. einem Weltbürgertum: Davon sind wir aber nach wie vor weit entfernt. Selbst die EU als Vorreiter für die beschriebene Form vernünftiger Entwicklungsprozesse ist von solchen Zielsetzungen immer noch etwas entfernt, auch wenn mit der Europäischen Charta kürzlich ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan wurde.

In Ermangelung einer Weltregierung wird deshalb ein leistungsfähiges Global-Governance-System benötigt, das ersatzweise ähnliche Funktionen wie eine Weltregierung wahrnimmt. Dieses verteilte System wird nach einer Logik der Subsidiarität von global über kontinental bis regional und lokal gestaffelt sein. Aufgaben sind auf der richtigen Ebene zuzuordnen, und zwar unter den Bedingungen, die die jeweils höhere Ebene setzt.

Gleichzeitig wird es darum gehen, in geeigneter Weise die Regierungen mit der Industrie (das geschieht heute schon bei der WTO), aber zusätzlich mit der Weltzivilgesellschaft zu einem stabilen Dreieck zu verknüpfen, das abgestimmt diesen Weg in die Zukunft steuert. Diese Idee der Kombination der drei Säulen ist heute die vielleicht beste Antwort, die wir auf die Globalisierungsnöte haben.

Aus Sicht dieses Textes ist Global Governance ein sehr spannendes, zukunftsorientiertes Thema. Es wird in der nächsten Ausgabe von „Generationengerechtigkeit!“, die im August 2001 erscheint, behandelt. Der vorliegende Text soll neugierig machen.

Prof. Franz Josef Radermacher, FAW

Weitere Informationen:

Stiftung Weltethos: www.weltethos.org

(Das Dilemma der Kurzfristigkeit in der Politik - Fortsetzung von Seite 1)

Bis 1999 wurden in deutschen Atomkraftwerken 7196 Tonnen Plutonium (PU-239) als Abfallstoff produziert. Plutonium hat eine Halbwertszeit von 24.110 Jahren. Nach heutigem Kenntnisstand wird also noch in 451.336 Jahren ein Gramm aus heutiger Hinterlassenschaft übrig sein – und bereits ein Gramm bedroht die menschliche Gesundheit. Wenn man bedenkt, dass erst seit 10.000 Jahren Menschen ihre Geschichte aufschreiben, wird deutlich, für wie lange Zeit wir kommenden Generationen unsere Hinterlassenschaften aufbürden.

Noch zu keiner Zeit hatte die herrschende Generation eine so große Macht, die Zukunft zu prägen, wie heute. Leider hat in den letzten Jahrzehnten die Weiterentwicklung der Moral und Weitsicht der Entscheidungsträger nicht mit dem enormen Zuwachs der technischen Möglichkeiten Schritt gehalten.

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker spricht aus Erfahrung, wenn er sagt: „Allgemein gesagt ist jede parlamentarische Demokratie auf einem Strukturproblem aufgebaut, nämlich der Verherrlichung der Gegenwart und der Vernachlässigung der Zukunft. Es ist nun einmal so, dass wir nicht anders regiert werden können und regiert werden wollen, als durch auf Zeit gewählte Vertreter, die mit ihrem Angebot zur Lösung der Probleme gar keinen weiteren Dispositionsspielraum zur Verfügung gestellt bekommen als den ihrer Legislaturperiode. Damit wollen wir nicht behaupten, dass die gesamte politische Repräsentanz keinen Sinn für langfristige, zukünftige Aufgaben hätte. Nur steht sie vor der Notwendigkeit, sich Mehrheiten

zu beschaffen.“

Bei der Beschaffung dieser Mehrheiten können die Individuen, die in der Zukunft geboren werden, nicht mitwirken. Könnten sie ihre Interessen im politischen Entscheidungsprozess geltend machen, so wären die Mehrheitsverhältnisse bei wichtigen Entscheidungen, z. B. in der Energiepolitik, anders.

Zukünftige Generationen zahlen die Zeche

Als Beispiel dafür mag der Treibhauseffekt dienen: Unsere heutige Form der Energiegewinnung mit dem Schwerpunkt auf fossilen Energieträgern ermöglicht derzeit einen einmalig hohen Lebensstandard, nimmt aber dafür gravierende Nachteile in der mittelfristigen Zukunft von fünfzig bis hundert Jahren in Kauf. Nach heutigem Wissen führt die Energiepolitik der herrschenden Politikergeneration zu einer Kohlendioxidanreicherung in der Atmosphäre mit der Folge, dass der natürliche Treibhauseffekt verstärkt wird und die Temperaturen weltweit ansteigen. Überschwemmungen, Flüchtlingsströme und neue Konflikte sind – wie wir heute schon wissen – die in der Zukunft anfallenden Nachteile dieser kurzfristigen Politik.

Würden auch nur die zukünftigen Individuen, die in den nächsten 200 Jahren geboren werden, über CO₂-Emissionen mit abstimmen können, so gäbe es grundsätzlich andere Mehrheiten. Aber das Grundgesetz definiert nur die Rechte der bereits Geborenen, nur sie sind Rechtssubjekte, zum Wählen berechtigt. Die negativen Folgen der Produktion von Atommüll oder des Ressourcenverbrauches müssen die heutigen Entscheidungsträger nicht mehr ausbaden, dafür ist die Lebenszeit zu kurz. Die wieder-

Der Politiker denkt an die nächsten Wahlen, der Staatsmann an die nächste Generation.
William Gladstone,
engl. Premierminister
(1832-1889)

um, die sie ausbaden müssen, dürfen laut unserer Verfassung nicht mitentscheiden. Dieses grundlegende Dilemma der Demokratie führt zu Gegenwartspräferenz – um nicht zu sagen: Gegenwarts-egoismus – und damit zu einer strukturellen Benachteiligung zukünftiger Generationen. Generationengerechtigkeit ist eine Form der Verteilungsgerechtigkeit, nämlich der Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen zwischen den Generationen. Und angesichts der Stimmenlosigkeit künftiger Generationen ist es nicht verwunderlich, dass bei den harten Verteilungskonflikten zwischen den die Gegenwart bestimmenden Gruppen häufig nicht mehr genug übrig bleibt für künftige Generationen.

Die neue Zukunftsethik und das Grundgesetz

Eine gegenwartszentrierte, kurzfristige Politik können wir uns im Angesicht der gegenwärtigen und zukünftigen Probleme nicht länger leisten. Wir brauchen eine neue Zukunftsethik, um die Chancen kommender Generationen zu erhalten. Diese Ethik allein ist bereits im Entstehen. Empirische Umfragen zeigen, dass der Grad der Zukunftsverantwortung seit Ende der 60er Jahre zunimmt. Allerdings hat sich das gewandelte Weltbild bisher noch nicht (ausreichend) in Veränderungen des positiven Rechts auf Verfassungsebene niedergeschlagen.

Die Generationengerechtigkeit wird massiv verletzt, weil unsere Gesellschaft kurzfristige Gewinne und unmittelbare Vorteile erzielen will, die Kosten dafür aber in die Zukunft verlagert. Die „Futurisierung“ ökologischer Probleme bedeutet für künftige Generationen eine existenzielle Gefahr. „Das Versprechen, die Glückseligkeit der Gegenwart zu verlängern, führt zu einer Vernachlässigung der Zukunft“, fasst der Zukunftsethiker Dieter Birnbacher die Misere zusammen. Darauf zu hoffen, dass Politiker sich aus ethischen Gründen ebenso dem Willen der Wähler wie der ungeborenen Nichtwähler annehmen, ist naiv. Aus verständlichen Gründen kann es nicht das Ziel des Politikers zu sein, sich abwählen zu lassen. Aus diesem Grund müssen die Rahmenbedingungen verändert werden.



Das Ziel der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen und YOIS Deutschland ist deshalb eine Grundgesetzänderung, um die Rechte der nachrückenden Generationen besser zu schützen, als dies in der geltenden Fassung des Grundgesetzes der Fall ist. Insbesondere soll das Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit verbindlich für heutige Gesetzgeber in der Verfassung verankert werden. Durch dieses Prinzip werden die natürlichen Lebensgrundlagen in ihrer Funktion und Leistungsfähigkeit auch für kommende Generationen erhalten. Gegenwärtig besteht ein Ansatz dazu in Artikel 20 a GG, der aber in keiner Weise ausreichend ist. Dass Handlungsbedarf besteht, ist inzwischen anerkannt: In Verfassungen und Verfassungsentwürfen findet sich seit 1990 immer häufiger ausdrücklich ein Generationenschutz.

Direkte oder institutionelle Verankerung des Nachhaltigkeitsgebotes

Die Fragestellung des Generationengerechtigkeitspreises der SRzG (s. Kasten) lässt sowohl Lösungsvorschläge zu, die das Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit direkt ins Grundgesetz schreiben wollen – einen konkreten Formulierungsvorschlag hat die SRzG in der ZRP (Zeitschrift für Realpolitik) veröffentlicht –, als auch institutionelle Lösungen, bei denen das Grundgesetz noch weitreichender geändert werden müsste. Dieser Punkt wird häufig unterschätzt, deshalb legt die SRzG in ihrem Preisausschreiben Wert darauf, dass auch der institutionelle Ansatz bis zu konkreten Formulierungsvorschlägen zu Ende gedacht wird – und nicht etwa bei einer allgemeinen Diskussion über Kompetenzen und Besetzung der Dritten Kammer aufhört. In der Literatur wird der institutionelle Ansatz vor allem unter den Schlagworten „Ökologische Räte“, „Zukunftsräte“, „Nachhaltigkeitsräte“ oder „Dritte Kammern“ diskutiert. Diese Institutionen sind entweder eng an das Parlament angebunden oder bilden davon unabhängig eine weitere Legislative. Solche neuen Institutionen würden jedoch nur dann Sinn machen, wenn sie auch die Interessen zukünftiger Generationen stellvertretend wahrnehmen könnten, also mindestens ein Vetorecht bekämen. Ohne diese Kompetenz würden sie lediglich das bestehende Beiratswesen ausweiten. Auch der gerade neu gebildete Nachhaltigkeitsrat der Bundesregierung hat keine gesetzgeberischen Kompetenzen. Die Idee eines genau damit ausge-

Generationengerechtigkeitspreis der SRzG - 15.000 DM

Die SRzG vergibt, angeregt durch die Stiftung Apfelbaum, einen Generationengerechtigkeitspreis

1. Preis: 8.000 DM,
2. Preis: 5.000 DM,
3. Preis: 2.000 DM

Mit dem Preis will die SRzG die gesellschaftliche Diskussion fördern, ihr eine wissenschaftliche Grundlage verleihen und den Entscheidungsträgern Handlungs-Perspektiven eröffnen.

Wie kann ökologische Generationengerechtigkeit im Grundgesetz stärker verankert werden als bisher?

- Sollte ökologische Generationengerechtigkeit im Grundgesetz stärker verankert werden als bisher?

- Falls ja, wie kann ökologische Generationengerechtigkeit im Grundgesetz stärker verankert werden als bisher (etwa Staatsziele, subjektive Rechte, Institutionen, Kompetenzen, Präambel)? Wie müssten die zu ergänzenden bzw. zu verändernden Vorschriften des Grundgesetzes konkret formuliert werden? Geben Sie für Ihr Ergebnis eine wissenschaftliche und allgemein verständliche Begründung.

Anforderungen:

- a) Die Seitenzahl liegt zwischen 20 und 50 Seiten.
- b) Der Autor soll versuchen, auch komplizierte Gedanken in möglichst einfachen Worten auszudrücken.
- c) Besonders erwünscht sind interdisziplinäre Ansätze.

Jury: Ministerialdirektor Dr. Lutz Gusseck, Prof. Dr. Martin Kriele, Prof. Dr. Joachim Lege, Prof. Dr. Schulze-Fielitz, Prof. Dr. Kay Waechter und Prof. Dr. Rainer Wahl

Teilnehmerkreis: junge Wissenschaftler (Studierende, Referendare, Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler bis 35 Jahre).

Die SRzG erwägt, die eingereichten Aufsätze in Buchform oder online zu veröffentlichen.

**Einsendeschluss
1. November 2001**

Informationen und Ausschreibungsunterlagen unter www.srzg.de.

statteten „Zukunftsrates“ wird z. B. vehement von der „Stiftung Zukunftsrat“ in der Schweiz verfolgt. Allerdings bleibt auch in diesem Modell offen, ob der Rat vom Parlament ernannt, von NOGs gestellt oder vom Volk gewählt wird. Diese Vorschläge sind – mit Ausnahme der Wahl durch das Volk – jedoch aus demokratietheoretischer Sicht äußerst problematisch, wenn die Ernannten auch Kompetenzen erhalten sollen. Aus ähnlichen Gründen wurde der Senat in Bayern abgeschafft, der als so genannte zweite Kammer Gesetzesinitiativen starten konnte und eine Herberge für Verbandslobbyisten war. Vom Volk legitimierte Vertreter würden sich jedoch kaum von normalen Parlamentariern unterscheiden und so also auch keinen Fortschritt darstellen. Demgegenüber könnten die Rechte zukünftiger Generationen durch eine Verankerung im Grundgesetz wirksam geschützt werden, ohne dass hierdurch die Legitimation fehlen würde. Hierfür wäre selbstverständlich die Zustimmung weiterer Teile der Bevölkerung (und einer Zwei-Drittel-Mehrheit von Bundestag und Bundesrat) erforderlich. Da es sich jedoch um einen ethischen Grundsatz handelt, ist dies auch gewollt, um die gesamte Bevölkerung von einer Zukunftsethik zu überzeugen.

Bei einer direkten Verankerung des Nachhaltigkeits-Prinzips im Grundgesetz müsste nur ein Paragraph, bei einer institutionellen Lösung (Dritte Kammer etc.) dagegen die Verfassungsordnung viel weitreichender geändert werden. Dieser Punkt wird häufig unterschätzt. Deshalb legt die SRzG in ihrem Preisausschreiben Wert darauf, dass auch der institutionelle Ansatz bis zu konkreten Formulierungsvorschlägen zu Ende gedacht wird und nicht etwa bei einer allgemeinen Diskussion über Kompetenzen und Besetzung der Dritten Kammer aufhört.

Das Fazit

Genauso, wie die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des Nächsten beginnt, so wird auch die Freiheit jeder Generation durch die Freiheit zukünftiger Generationen eingeschränkt – so eine von Hans Jonas begründete moralische Grundmaxime. Das Glück heutiger Generationen wird mit dem Unglück zukünftiger Generationen erkauft. Eine Verankerung von ökologischer Generationengerechtigkeit in der Verfassung ist der schnellste und effektivste Weg, um diesen Zustand zu beenden. Jörg Tremmel, SRzG, Martin Viehöver, YOIS

„Verankerung von Generationengerechtigkeit“ in der Gemeindeordnung. Debatte in NRW

Auf ihrem ersten Jugendkongress 1997 machte die SRzG den von Hans Jonas in einen kategorischen Imperativ gegossenen Grundsatz der Nachhaltigkeit zum Programm: „Handle so, dass die Folgen deines Handelns künftigen Generationen mindestens ebenso große Gestaltungsspielräume lassen wie der heutigen!“ Die Fraktion der FDP im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat mit ausdrücklichem Bezug darauf ein Gesetz zur Änderung der dort geltenden Gemeindeordnung eingebracht. In § 1 Abs. 1 sollte der Satz „Sie [die Gemeinden] handeln [...] in Verantwortung für die zukünftigen Generationen.“ ergänzt werden. Ziel war es, zum Problembewusstsein beizutragen und jedenfalls eine programmatische Bindung

der kommunalpolitischen Entscheidungsträger an den Grundsatz der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in der Kommunalverfassung zu installieren.

Denn gerade auf der kommunalpolitischen Ebene, die in der Mehrzahl der Einzelentscheidungen nicht unter vergleichbar intensiver Beobachtung der Öffentlichkeit steht wie die staatlichen Entscheidungsebenen Land und Bund, ist die Gefahr, dass gegenwartspräferente Entscheidungen getroffen und Einigungen der politischen Widersacher auf Kosten der künftigen Generationen erzielt werden, besonders groß. Der Gesetzesentwurf, der hier zur Abhilfe beitragen sollte, orientierte sich bewusst an einer bereits in der Realität bewährten Regelung aus der Kommunalverfassung des Landes Schleswig-Holstein. Damit wurde mehr oder weniger deutlich eine Einladung gerade an die rot-grüne Koalitionsmehrheit ausgesprochen, dass

Thema nicht zum Inhalt einer parteipolitischen Auseinandersetzung zu machen.

Jedenfalls die allgemeine politische Rhetorik der parlamentarisch vertretenen Parteien schien den Eindruck zu erwecken, dass dieses Anliegen durch einen breiten Konsens hätte getragen werden können. Das Ergebnis allerdings enttäuschte vor diesem Hintergrund, da der Antrag lediglich in den zuständigen Ausschuss verwiesen wurde.

Insgesamt steht es also längst nicht so gut um die Akzeptanz klarer Bindungen der Institutionen in Deutschland an die Grundsätze der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, wie ihre beständigen Beschwörungen in Parteitage reden glauben machen. Hier hat auch die SRzG noch viel Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten. Christian Lindner MdL, FDP

Zukunftskonferenz zu „Nachhaltigkeit“: ein globaler Generationendialog

MixMax: gängige Bezeichnung für die Mischung multipler Perspektiven auf ein verbindendes Interesse, nicht immer strukturiert, meist inspirierend - klärend in der Frage der Gleichklänge und Dissonanzen.

Die Einladung zu diesem Abenteuer um den Begriff der Nachhaltigkeit hatte die Christliche Initiative Internationales Lernen für den 19. bis 22. April nach Wiesbaden ausgesprochen. Als Vertreter der Rechte der zukünftigen Generationen waren Michael Münch und Maja Göpel von YOIS angetreten. Die unterschiedlichen Positionen der Repräsentanten aus Alternative Neue Ökonomien, Generationendialog, Entwicklungszusammenarbeit, Seniorenselbsthilfe, Interkulturellem Lernen, Frauen-Selbständigkeit, Fairem Handel, lokaler Netzwerke und NGO-Beratung deckten sich in der Kritik an zu starren, teilweise obsoleten gesellschaftlichen Strukturen und Instrumenten wie im Bildungssystem oder der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Dies galt auch für Ungerechtigkeiten in der Ressourcenverteilung zwischen den Ländern aus Nord und Süd. Brisant wurden die Diskussionen um konkrete Forderungen und perspektivisch bedingte Prioritäten. Dabei bekamen wir die Chance, YOIS mit seinen Zielen und Visionen umfangreich zu präsentieren und intensives Feedback zu sammeln: Wie lässt sich das Lobbying für zukünftige Generationen ethisch legitimieren, angesichts der

Ungleichheiten innerhalb der heutigen Generationen? Dürfen wir Forderungen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit global formulieren, oder müssen wir aus Gründen der Effektivität eben aufgrund dieser Unterschiede (vorerst) Grenzen setzen – und wo?

Zum Abschluss wurden in künstlerisch ausdrucksvollen Präsentationen der einzelnen Arbeitsgruppen erkannte Reibungspunkte sowie Konsonanzen aufgegriffen. Mit großem Interesse wurden die Potenziale des offenen Dialogs – oder Multilogos – für eine ganzheitliche Reflexion der jeweiligen Ziele und eventueller Kooperationsmöglichkeiten genutzt.

Maja Göpel, Michael Münch, YOIS



16. Januar 2001

„Rente – Einigung in Sicht“ Teilnahme an Talkshow auf Phoenix, Berlin, ARD-Hauptstadtstudio

Fast in gleicher Runde wie 18 Monate zuvor wurde auf Phoenix über die bevorstehende Verabschiedung von Riesters Rentenreform diskutiert: Horst Seehofer und Ulrike Mascher, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, deckten die Parteienlandschaft ab. Meinhard Miegel und Jörg Tremmel sollten Sachverständiges sagen. Tremmel sprach sich für eine Stärkung der privaten, kapitalgedeckten Säule aus, zählte aber gleichzeitig drei Argumente gegen die bedürfnisunabhängige Einheitsrente auf.

1. Sie sei unsozial, weil auch der Millionär im Alter eine staatliche Transferleistung bekäme.
 2. Sie würde sehr lange Übergangsfristen brauchen, da schon viele Beitragszahler Ansprüche erworben haben, die über ihren Grundrentenanspruch hinausgehen.
 3. Sie werde genauso teuer wie die beitragsfinanzierte Rente, wenn die Gesellschaft altert.
- Tremmel sprach sich dafür aus, weiterhin auf einen Mix aus beitragsfinanziertem Umlagesystem und einer ausgebauten Kapitaldeckungskomponente zu setzen.

5. April 2001,
**„Unternehmensgrün“
Berlin, Parlamentarische Gesellschaft, Vortrag beim Unternehmerverband**

Anders als DIHT oder BDI sind bei Unternehmensgrün solche Unternehmen und Freiberufler zusammengeschlossen, die sich explizit als ökologisch und sozial bewusst verstehen. Wie auch die größeren „grünen“ Verbände B.A.U.M und Future e.V. will der Unternehmerverband ökologisch-soziales Denken in die Wirtschaft bringen. Harald Simons von empirica, Max Schön vom Bund junger Unternehmer, Ernst Ulrich von Weizsäcker und Jörg Tremmel waren eingeladen, auf einer Vorstandssitzung über das Thema „Rente – die Reform nach der Reform“ zu referieren und zu diskutieren. Tremmel wies darauf hin, dass der gesellschaftliche und parteipolitische Konflikt mit der Verabschiedung der Rentenreform am 26.1.2001, anders als bei der Steuerreform, nicht beendet wurde. Offensichtlich habe die Reform nicht zum Ende der Diskussion über Solidarität zwischen den Generationen geführt. Dies sei vor allem auf die Intransparenz und unnötige Kompliziertheit der Riester-Reform zurückzuführen. „Die Bereitschaft zum Teilen setzt die Fähigkeit zum Urteilen voraus“, so Tremmel. Die Teilungslösung der SRzG hätte in intergenerationeller Hinsicht dieselben Ergebnisse gebracht wie die Riester-Reform, aber sie wäre von der Bevölkerung als fairer und transparenter Lastenausgleich viel eher verstanden und akzeptiert worden. Die Reform sei allenfalls ein

Reförmchen. Der Arbeitsminister könne weiterhin nach Gutdünken hohe und niedrige Beitragssätze festlegen, je nachdem, wie er den Bundeszuschuss variiere. Wichtige Aufgaben wie die Einbeziehung von Berufsanfängern von Politikern, Beamten und Selbstständigen seien aufgrund der Lobbys von der Tagesordnung genommen worden.

Willst du wissen, wer du warst, so schau, wer du bist. Willst du wissen, wer du sein wirst, so schau, was du tust.

Buddha

14. Januar und 17. März 2001
Neue YOIS-Sektionen gegründet!

YOIS Europe hat weitere nationale Sektionen erhalten: Am 14. Januar wurde YOIS Deutschland in Köln gegründet. Vorsitzende ist Kathie Klausch, erster Stellvertreter Michael Münch, zweite Stellvertreterin Maike Sippel. Schriftführerin wurde Monika Gabriel, als Schatzmeister amtiert Wolfgang Gründinger. Eine enge Kooperation mit YOIS Europe und der SRzG wird angestrebt – auf dem MixMax in Wiesbaden waren bereits Vertreter der deutschen und europäischen Sektionen gemeinsam (siehe nebenstehend Bericht).

YOIS Polen wurde am 17. März gegründet und ist momentan kurz vor Abschluss der Verhandlungen mit Sponsoren für die 800,- DM teure Registrierung. Vorsitzender ist Michal Malkiewicz, der bereits in regem Kontakt mit YOIS Europe steht.

**Veranstaltungen, an denen
Vorstandsmitglieder von
SRzG und YOIS sprachen**

8.3.2001 Volkshochschule Gerlingen, generationengerechte Rentenreform

12.3.2001 „Deutschland Denken“ -Konferenz, Berlin, Austausch zwischen Jugendorganisationen, Entwicklung einer gemeinsamen Position zur finanziellen Nachhaltigkeit

20.3.2001 Rotary-Club Murnau-Oberammergau, Bevölkerungswachstum und Nachhaltigkeit

21.3.2001 Film für „Die Zeit TV, wird ausgestrahlt im April, Oberursel und ICE, Bericht über die Arbeit der SRzG, Portrait von Jörg Tremmel

22.3.2001 Workshop bei AIESEC, Bielefeld, gemeinnütziges Engagement junger Entscheidungsträger

28.3.2001 Radiointerview Saarländischer Rundfunk, Oberursel, Kommentar zum Stand der Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zur Rentenreform

6.-8.4.2001 Rotary-RYLA-Seminar, Prien am Chiemsee, Bevölkerungswachstum und Generationengerechtigkeit

7.-8.4.2001 Clash of Generations? Epfenbach, Workshop des AK Rente auf einem Seminar der Jusos Rhein-Neckar

10.4.2001 Rotaract-Club Starnberg, Weltbevölkerungswachstum und nachhaltige Entwicklung

11.4.2001 Activity Day von AIESEC, Köln, Gemeinsame Projektplanung von YOIS mit Lokalkomitees von AIESEC, Vernetzung mit anderen NGO

VERANSTALTUNGEN...VERANSTALTUNGEN...

**5.6.2001 Oschersleben,
Weltumwelttag**

Workshop über Generationengerechtigkeit im Wahlkreis des SPD-Abgeordneten Ulrich Kasparick
Workshop mit Oberstufenklassen von mehreren Gymnasien zum Thema Generationengerechtigkeit allgemein
Info: Anne Jacobs, Mitarbeiterin von MdB Kasparick, 030-227-72250
Beteiligung: Jörg Tremmel

**07.6.2001 Berlin,
Studienkonferenz**

Wirtschaftliche, politische, kulturelle Globalisierungssphänomene stellen große Herausforderungen an Integrations- und Konsensfähigkeit aller Beteiligten. Das

Konzept der Menschenrechte ist von der UNO allgemein anerkannt, sein Wert als Grundkonsens hängt aber ab von seiner interkulturellen Vermittelbarkeit. Inwiefern sind die Menschenrechte – als Produkt westlicher Kultur – universalisierbar? Können sie den Zusammenhalt der Weltgemeinschaft garantieren? Unter welchen kulturellen, politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen Bedingungen?
Kontakt: www.tma-bensberg.de,
fon: 02204/408472, akademie@tma.de

**12.6.2001 Duisburg,
Forum „Alternde Gesellschaft –
junge Ideen“**

In einem Workshop werden die verschiedenen Themen kurz angeschnitten und

dann diskutiert. Jörg Tremmel und Martin Viehöver werden einen Workshop gestalten.

Kontakt: www.haniel-stiftung.de oder stiftung@haniel.de

**12.-13.6.2001
Stadthalle Osnabrück**

Bund-Länder-Kommission Kongress 2001 „Zukunft lernen und gestalten – Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“

Eine innovative Weiterentwicklung der Bildung ist Voraussetzung für eine gesellschaftliche Modernisierung in Richtung „Nachhaltigkeit“. Innovative Bildung für „Nachhaltigkeit“ braucht gesellschaftliche Partner und Unterstützung.

Die Zukunftsprobleme lassen sich nur lösen, wenn wir intelligentes Wissen, Verantwortungsbewusstsein und Kooperationsbereitschaft fördern. Übernachtungen zwischen DM 80 und 255.

Beteiligung: Monika Gabriel (YOIS) wird in der Arbeitsgruppe Hochschule mitarbeiten.

Kontakt : www.blk-kongress.de Bewerbungen an: BLK Geschäftsstelle, z.Hd. Frau Dr. Klimpel, Hermann-Ehlers-Str. 10, 53113 Bonn, Tel.: 0228/5402-137, E-Mail: klimpel@blk-bonn.de

15.-17.6.2001 Rehburg-Loccum, Evangelische Akademie

„Die Logik der Genforschung – Wohin entwickeln sich die molekulare Biologie und Medizin?“

Die Tagung bietet ein öffentliches Forum zur Diskussion der Entwicklungsperspektiven der Genforschung. Welches sind die erkenntnisleitenden Fragestellungen in der Genforschung? Welche Institutionen tragen die Weiterentwicklung der Genforschung und welche Kräfte bestimmen die Richtung dieses Fortschritts? Welche Fragestellungen drängen sich den aktiven Genforschern von der Sache her auf, welche Prioritätensetzung bietet sich mit Rücksicht auf absehbare Bedürfnisse in der Gesellschaft besonders an? Darf oder muss in die zukünftige Ausrichtung der Genforschung politisch steuernd eingegriffen werden, ggf. durch wen, mit welchen Zielsetzungen und in welcher Form?

Beteiligung: Laura Memmert und Jörg Tremmel sind Referenten.

Unterkunft und Mahlzeiten 200 DM (ermäßigt 100 DM)

Kontakt: www.loccum.de
Andreas.Dally@evlka.de,

www.zfg-hannover.de
Christa.Wewetzer@evlka.de

21.-22.6.2001, Universität Heidelberg

Steuerkongress des Heidelberger Kreises „Integriertes Steuer- und Sozialsystem in der Zukunft“

Wissenschaftler, Praktiker und Politiker werden in sechs Arbeitskreisen Konzepte für ein integriertes Steuer- und Sozial-

system vorstellen, das die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen vermag. Im Arbeitskreis generationengerechte Rentenreform wird Jörg Tremmel vertreten sein. Kosten: 500 DM,

Kontakt: Frau Merike Glass, Tel.: 06221/545094, steuer-kongress@gmx.de

21.-22.7.2001 Bonn Jugend-Klimagipfel

Begleitend zum Weltklimagipfel in Bonn (Nachfolgekonferenz von Kyoto) vom 14. bis 26.7. werden 30 ausländische Jugendliche (Praktikanten von AIESEC) und zahlreiche YOISler sich in die Thematik einarbeiten und ein Statement der Jugend abgeben.

Kontakt: Maike Sippel,
maike.sippel@gmx.de, Tel.: 0178-4241276, Fax: 0721-9688495,
[Nebeniussstr. 12, 76137 Karlsruhe](http://Nebeniussstr.12,76137Karlsruhe)

26.-29.7.2001, Uffing am Staffelsee, Kirchtalstraße 24

Vorstandstreffen von SRzG und YOIS

Ein weiteres Kapitel aus dem Entwurf von Global Governance und der Entwurf des Positionspapiers Weltbevölkerungswachstum wird diskutiert. YOIS Deutschland wird über den Klimagipfel reden, YOIS Europe die vor der Tür stehende Rallye 2001 besprechen, die SRzG wird den Generationengerechtigkeitspreis behandeln. Zu den thematischen Teilen ist jede/r Interessierte eingeladen.

Kontakt www.srzg.de

14.-24.8.2001 Rallye of Youth 2001

(zusammen mit AEGEE-Europe) von Budapest nach Bukarest entlang des Flusses Theiss

Der Fluss Theiss war im Januar 2000 durch Zyanid und Schwermetalle stark verschmutzt worden, als der Damm einer australischen Goldmine barst. Ein internationales Jugendteam von 20 Leuten will daran erinnern und gleichzeitig für mehr Umweltschutz in der Region werben. Journalisten sind eingeladen, ein Reisetagebuch wird über das Internet täglich publiziert. Die Rallye mündet in eine Konferenz in Bukarest, bei der die

Ergebnisse zusammengetragen und mit prominenten Referenten evaluiert werden. Am Ende steht eine Resolution, die zusammen mit der Resolution des EJK 2000 an die Regierungen übergeben wird. Kosten: 15 Euro (Anreise nach Budapest, Rückreise von Bukarest, Unterkunft und Verpflegung wird von den Veranstaltern bezahlt)

Bewerbungen zum Mitradeln per E-Mail bis zum 15.6.2001 an: rally2001-info-subscribe@yahoogroups.com

Kontakt: Valentin C. Precup – Board member of YOIS precup@yois-europe.org valentin@workmail.com und aegee@orizont.net

Weitere offene Vorstandstreffen von SRzG und YOIS

**14.-16.9.2001,
30.11.-2.12.2001,
15.-17.3.2002**

Interessiert an einer Mitarbeit im SRzG-Vorstand?

Selbst noch von dem jüngsten Stiftungsvorstand in Deutschland geleitet, setzt die SRzG vor allem auf die nachrückende Generation, da sie davon überzeugt ist, dass junge Menschen kreative und unideologische Konzepte haben, um Zukunftsprobleme zu lösen.

Die SRzG sucht noch ein bis zwei junge Mitglieder für den Vorstand, der überparteilich besetzt ist. Der Vorstand legt völlig gleichberechtigt mit den Stiftern Jörg Tremmel und Frithjof Finkbeiner die Politik der Stiftung fest – eine einzigartige Konstruktion in Deutschland. Alle Vorstände arbeiten ehrenamtlich.

Bewerbungen bitte an SRzG,
Postfach 5115,
61422 Oberursel,
Tel.: 06171-982367,
Fax 06171-952566,
E-Mail: info@srzg.de

BÜCHER · BÜCHER · BÜCHER · BÜCHER

ACCESS - das Verschwinden des Eigentums

Das Buch ist das beste Argument, keine Bücher mehr zu kaufen! Aber auch sonst würden wir nach Rifkin in Zukunft zwar mehr ausgeben, aber weniger besitzen. Eigentum werde zwar fortbestehen, aber es würde weniger wirklich getauscht werden. Die Anbieter der Neuen Ökonomie werden ihr Eigentum behalten, sie werden es verpachten und vermieten oder auch Zugangsgebühren, Abonnements- oder Mitgliedsbeiträge für einen befristeten Gebrauch erheben. Der Austausch von Eigentum zwischen Ein- und Verkäufern würde abgelöst vom kurzfristigen Zugang, wobei Anbieter und Kunden in einem Netzwerk miteinander verbunden seien. Märkte, wie wir sie kennen, würden für den modernen Menschen, den flexiblen Wissensnomaden, von immer geringerer Bedeutung sein. Zugang, Zugriff, „Access“ seien die Schlüsselbegriffe des anbrechenden Zeitalters.

Produkte würden wir Konsumenten, aber auch Unternehmen häufig nur unzureichend nutzen. Im Wirtschaftsleben wür-

de diese fundamentale Veränderung tief greifende Folgen für uns Erwerbstätige haben. Vorreiter dieser Entwicklung seien die großen Hollywood-Filmstudios. Diese bestünden heute aus nicht viel mehr als aus Marke, Geld und Träger von bestimmten Schlüsselkompetenzen. Der Rest wird am Markt ausgeliehen. So würden die Unternehmen ein Netzwerk bilden, dessen Lebensdauer auf die Projektlaufzeit beschränkt sei.

Rifkins Interesse gilt neben der Zukunft der Arbeit auch der Biotechnologie und Kulturindustrie. Die Abschaffung des Eigentums und die Kommerzialisierung unserer Kultur werden von ihm kontrovers diskutiert. Durch die Vermarktung der Kultur, hätte sich die Ökonomie mit all ihren Negativfolgen auf den letzten Bereich menschlichen Lebens ausgedehnt. Die Zukunft böte Chancen, aber auch viele Risiken zugleich.

Das Auseinandersetzen mit Rifkin ist lohnend. Seine Thesen sind einprägsam und Hintergrundinformationen gut



Jeremy Rifkin, Campus-Verlag, 49,80 DM

cherchiert. Leider wiederholt er sich allzu häufig. Ein wenig tendiert Rifkin auch dazu, alles vor ihm da gewesene zu kritisieren und in die Geschichte katapultieren zu wollen.

Thorsten Becker, SRzG

LESERBRIEFE · LESERBRIEFE

Ausgewählte Reaktionen auf die erste Ausgabe von GG!

„Es freut mich zu lesen, dass Sie sich diesem komplexen und weitreichenden Thema widmen und nun eine kontinuierliche Diskussionsplattform hierfür mit Ihrem Magazin bieten. Auf die weiteren Ausgaben freue ich mich jetzt schon und wünsche Ihrer Stiftung und Ihrem Magazin 'Generationengerechtigkeit!' viel Erfolg.“ (Hans-Joachim Otto, MdB)

„Für die Übersendung des Magazins danke ich Ihnen sehr herzlich und bitte darum, mir dieses Magazin weiterhin zukommen zu lassen.“ (Anke Eymer, MdB)

Mit großem Interesse habe ich GG! gelesen und auch schon an Bekannte weitergegeben. Der Artikel über das Wachstum der Weltbevölkerung hat mich besonders beeindruckt. Das Beispiel des Schneeballeffekts habe ich bereits in einem Vortrag zu Fragen des Miteinanders in der örtlichen Gemeinschaft verwendet. Ja, wenn doch möglichst viele Bürger zu

Schneebällen würden, und zwar aus Nass- und nicht aus Pulverschnee, der beim ersten Aufprall auseinanderplatzt. (Ulrich Mentz, Bürgermeister a. D.)

„Mit Interesse habe ich die von der Stiftung kürzlich versandten Unterlagen in diesen Tagen gelesen. Respekt für euren Output und die Effekte, die ihr erzielt.“ (Christian Lindner, MdL NRW)

„Mit großer Freude haben wir Ihre letzte Generationengerechtigkeit gelesen – besonders natürlich den Artikel zum Bevölkerungswachstum. Herzlichen Glückwunsch zu der sehr guten Qualität Ihrer Arbeit und beste Grüße an das Team und Herrn Finkbeiner.“ (Jörg F. Maas, Deutsche Stiftung Weltbevölkerung)

„Hallo, ihr Teufelskerle!
Allein das neue Heft ist brilliant.“ (Michael Franz, Unternehmensberater)

„Lieber Herr Tremmel, zunächst herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Mitstreiter. Ich hatte mir schon lange den Kopf zerbrochen, wie Sie das alles hingekriegt haben. (...) Alles Gute für die Zukunft,

falls ich nicht noch mal schreiben kann. Meine Generation tritt jetzt ab (Jahrgang 1915).“ (Lotte Lohde, Hannover, die mit diesen Zeilen ihre Zustiftung auf DM 10.400 aufstockte) *Interview mit Frau Lotte Lohde auf Seite 27.*

Wir möchten Ihnen herzlich für die Zusendung Ihrer ersten Zeitschrift zu dem Schlüsselthema „Generationengerechtigkeit“ danken. Mit Interesse sehen wir der zweiten Ausgabe entgegen. (Vera Lengsfeld, MdB)

„Eine längst überfällige Zeitschrift.“ (Prof. Dr. Michael Opielka, Institut für Sozialökologie, Königswinter)

Unserem langjährigen Förderer Dr. Roland Tompert hatten wir nicht nur fälschlicherweise ein zusätzliches „r“ in seinem Namen verpasst, sondern den Zustiftungsbetrag mit DM 2.000 statt mit DM 1.000 angegeben. Als wir uns für die beiden Fehler entschuldigten, erklärte Herr Dr. Tompert sofort, er werde selbst den einen Fehler korrigieren und seine Zustiftung aufstocken. Herzlichen Dank, Herr Dr. Tompert.

Interna...Interna...Interna...Interna...

Neues Kuratoriumsmitglied der SRzG

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher



Jahrgang 1950, verheiratet, 1 Sohn. Promovierter Mathematiker und Wirtschaftswissenschaftler, Habilitation in Mathematik. Seit 1987 Leiter des Forschungsinstituts für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) in Ulm, gleichzeitig Professor für Datenbanken und künstliche Intelligenz an der Universität Ulm. War Mitglied in verschiedenen Gremien des Landes Baden-Württemberg (Landesforschungsbeirat, Zukunftskommission Wirtschaft 2000, Innovationsbeirat, Multimedia-Enquêtekommission). Mitglied im „Information Society Forum“ der Europäischen Kommission, zugleich Leiter der Arbeitsgruppe 4 „Sustainable Development“ sowie Mitglied des Steering Committee. Mitglied und Spre-

cher einer Arbeitsgruppe im „Forum Informationstechnologie“ (früher „Forum Info 2000“) der Bundesregierung. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der EXPO 2000 GmbH für die Themenbereiche „Planet of visions“ und „Das 21. Jahrhundert“. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW).

Prof. Radermacher ist Autor von über 200 wissenschaftlichen Arbeiten aus den Bereichen Angewandte Mathematik, Operations Research, Angewandte Informatik, Systemtheorie sowie tangierten Fragen der Technikfolgenforschung und der Ethik/Philosophie; Letzteres auch mit Bezug auf globale Problemstellungen.

Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung (FAW) Helmholtzstr. 16, D-89081 Ulm; Postfach 2060, D-89010 Ulm, Telefon (*49-731)501-100, Telefax (*49-731)501-111, E-Mail: radermacher@faw.uni-ulm.de

Die SRzG hat neben ihrem Vorstand noch zwei weitere Gremien: das Kuratorium und den wissenschaftlichen Beirat, bestehend aus Wissenschaftlern aus Ökologie, Politik, Ethik und Wirtschaft. Daneben gibt es den unternehmerischen Beirat, dem Persönlichkeiten angehören, die ökologische und soziale Verantwortung zeigen. Idealismus der Jugend müssen sich mit der Erfahrung des Alters verbinden, wenn die Zukunftsprobleme gelöst werden sollen.

Kuratorium

Prof. Dr. Ortwin Renn (Vors.), Prof. Dr. Ernst U. von Weizsäcker, Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Radermacher, Dr. Jürgen Borchert

Wissenschaftlicher Beirat:

Carl Amery, Prof. Dr. Hans C. Binswanger, Prof. Dr. Dieter Bimbacher, Lord Ralf Dahrendorf, Dr. Marion Gräfin Dönhoff, Hans-Peter Dürr, Prof. Dr. Alfred Grosser, Prof. Dr. Peter Grottian, Hildegard Hamm-Brücher, Prof. Astrid Hedtke-Becker, Dr. Uwe Jean Heuser, Prof. Dr. Karl-Otto Hondrich, Prof. Dr. Hartmut Kreikebaum, Annette Lepenies, Prof. Dr. Mihajlo Mesarovic, Uwe Möller, Prof. Dr. Hubertus Müller-Groeling, Prof. Dr. Claus Offe, Prof. Dr. Andrei Plesu, Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Wolfgang Reinike, Prof. Dr. Uwe Schneidewind, Dr. Martin Thunert, Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Arbeiten Sie mit in den SRzG/YOIS-Arbeitskreisen ! Wenn Sie inhaltlich arbeiten möchten, bieten sich die SRzG/YOIS-Arbeitskreise an:

Grundlagen der Generationengerechtigkeit (Leitung: Jörg Tremmel)
Ökologie (NN)-Rentenversicherung (Leitung: Bernd Frank Schwab, Jörg Tremmel)
Staatsfinanzen (NN)-Arbeitsgesellschaft (Leitung: Thorsten Becker, Daniel Dettling)
Bildung (Leitung: Monika Gabriel)
Kinderrechte (Leitung: Laura Memmert)
Bevölkerungsentwicklung (Leitung: Frithjof Finkbeiner)
Globalisierung/Global Governance (Leitung: Armin Frey, Michael Münch)
Energie (Leitung: Achmed Ischiklar, Wolfgang Gründinger)
Biotechnologie/Medizin/Gesundheit (Leitung: Katharina Klausch, Claudia Bitzer, Jörg Tremmel)
Methoden der Zukunftsforschung (NN)-Stadt- und Raumplanung (Leitung: Maike Sippel, Martin Viehöver)

Bisher existiert ein fertiges Positionspapier im AK-Rente und Entwürfe für Positionspapiere in den AK Grundlagen der GG, Ökologie, Arbeitsgesellschaft, Bildung, Kinderrechte, Bevölkerungsentwicklung und Global Governance. **Wir suchen für zahlreiche AKs noch**

Leiter, zumal jeder AK von zwei Personen geleitet werden soll. Die Aufgaben von AK-Leitern und die Anforderungen an Positionspapiere finden sich im YOIS-/SRzG-Diskussionsforum (unter www.srzg.de? Kontakt?Diskussionsforum).

Bei Interesse sprechen Sie uns bitte an: SRzG/YOIS-Büro, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel.: 06171-982367, Fax 06171-952566, E-Mail: info@srzg.de

Warum es Spass macht, sich in AKs zu engagieren!

1. Kuratoren und Beiräte der SRzG übernehmen Patenschaften für einzelne AKs.
2. Anfragen an die Vorstände für thematische Vorträge werden immer zunächst den jeweiligen AK-Leitern zugeleitet.
3. AK-Leiter werden häufig als Referenten zu Tagungen über ihr Thema eingeladen.
4. AK-Leiter bekommen unbegrenztes Rede- und Antragsrecht auf den gemeinsamen YOIS-/SRzG-Vorstandstreffen.
5. Positionspapiere (und Entwürfe dafür) werden versehen mit der urheberrechtlich wichtigen Formulierung: „erarbeitet un-

Das Leben kann nur in der Schau nach rückwärts verstanden, aber nur in der Schau nach vorwärts gelebt werden.

Sören Kierkegaard

ter der Leitung von AK-Leiter XY“.
Wie können Sie in Arbeitskreisen mitarbeiten?

Die Arbeitskreise finden weitgehend im Internet statt. Dabei werden Mailinglisten und Diskussionsforum komplementär genutzt. Der Meinungsbildungsprozess vollzieht sich weitgehend in den Yahoogroups; alle wichtigen Ergebnisse werden ins Forum übertragen, damit die Arbeit des AK für Außenstehende erkennbar wird.

Wir bitten alle Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS, sich im YOIS/SRzG-Diskussionsforum zu registrieren: <http://www.srzg.de/ubb/Forum24/HTML/000003.html>. Auch sollten Sie an den Yahoogroups teilnehmen, für deren Themen Sie sich interessieren. Dazu senden Sie einfach eine leere Mail an die entsprechende E-Mail-Adresse(n).

Zustiftungen zur Aufstockung des Stiftungskapitals



Interview mit unserer Förderin und Zustifterin Frau Lotte Lohde, Jahrgang 1915. Sie hat die SRzG bisher mit insgesamt DM 16.000 unterstützt.

Warum setzen Sie sich für Generationengerechtigkeit ein ?

Ich bin von meinem Vater ökologisch erzogen worden, obgleich es den Begriff noch gar nicht gab. Später war ich mit Herbert Gruhl (Ein Planet wird geplündert, 1975, Anm. d. Red.) befreundet und Gründungsmitglied der „Grünen Aktion Zukunft“.

Was für eine Erde hinterlassen wir unseren Nachfahren! Und die Jugend unserer Spaßgesellschaft macht fröhlich mit. Da war die „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ für mich geradezu wie eine Erlösung. Endlich, endlich stand Jugend auf gegen den institutionalisierten Egoismus des Machbarkeitswahn!

Waren Sie schon Ihr ganzes Leben politisch interessiert?

In meiner Jugend hielt ich mich für politisch sehr interessiert, weil ich lauthals „Heil“ mitgebrüllt hatte. Heute weiß ich, dass den politisch Interessierten vor allem eines kennzeichnet: Willen und Fähigkeit zur Kritik, sich Fakten zu besorgen, vor allem unerwünschte und daher schwer zu beschaffende, um die beiden Wahrheiten, die „korrekte“ und die „inkorrekte“, miteinander vergleichen zu können.

Was tun Sie gerade im Moment ?

Ich schreibe an einem Buch. In meinem Alter von 86 Jahren eine Schnapsidee.

Ich brauche ein Ventil für meinen Frust über die organisierte Unvernunft überall in der Welt, aber vor allem in meinem – Verzeihung! – Vaterland. Der Anlauf der 68er war viel versprechend - unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren -, aber er endete in der gleichen Intoleranz, unter der sie einst selbst gelitten hatten. Die Krippe bleibt die gleiche, nur andere Ochsen fressen daran.

Welche Aufgaben werden in der Zukunft zu lösen sein ?

Notwendig ist der Kampf gegen Egoismus und Materialismus. Charakterliche und seelische Kräfte müssen in den Vordergrund treten. Ich bin Preußin, darum steht die Pflicht bei mir sehr weit oben, und das Ehrgefühl. Die politische und wirtschaftliche Klasse ist zum Teil fürchterlich korrupt, und auch noch, ohne sich dessen zu schämen. Così fan tutte.

Wir haben eine großartige kulturelle Vergangenheit: das Dreigestirn Lessing, Goethe, Schiller, wer hat das! Und erst die Musik: Bach, Händel, Brahms, Beethoven, Mozart, Schubert, Schumann, Wagner, Mendelssohn, Bruckner, Brahms, Mahler, um nur die allerwichtigsten zu nennen. Unsere Philosophen von Kant bis Jaspers und, und, und. Solch ein Erbe verpflichtet doch! An ihm kann das Empfinden für Qualität geweckt werden.

Die SRzG begrüßt die neuen Förderer

Margarite Bröskamp, Bad Hönningen - Hans Rüdiger Colzman, Düren - Richard Drum, Waldmohr - Udo Eitzenberger, Augsburg - Peter Egg, Innsbruck, - Ute Gierstorfer, Neusäß - Maja Göpel, Bielefeld - Torge Hamkens, Heidelberg - Ursula Hauer, Weilheim - Ralph Lengler, Berlin - Stephanie von Hayek, Neuried - Prof. Dr. Ferdinand W. Menne, Münster - Florian Mirow, Bad Lauchstädt - Marion Möser, Frankfurt - Johann-Malte Nordmann, Passau - Prof. Dr. Michael Opielka, Königswinter - Valérie Peters, Stuttgart - Wolfgang Sand, Landsberg am Lech - Thomas Schauf, Nörvenich - Dr. Hans-Martin Schmidt, Köln - Daiva Seyfried, Karlstein - Christian Sili, Hamburg - Dr. Roland Tompert, Stuttgart - Silke Wenig, Bellheim - Angelika Werner, Weilheim - Miriam Wolf, Regensburg

YOIS begrüßt die neuen Mitglieder

Abedini Aida, Skopje - Mustafa Albiona - Maja Andovska - Johanna Aska - Tobias Augustin, Regensburg - Simone Baker - Marta Bala, Gdynia - Ulf Banscherus, Münster - Thorsten Becker, Hamburg - Memeti Bekim - Sejdiu Besim, Skopje - Mathias Bimberg, Tübingen - Miachael Bolz, Uetersen - Leonidas Criscianus, Chisinau - Maja Danilovska, Skopje - Etta Dannemann, Saarbrücken - Vlatko Davitkovski, Skopje - Hristina Dimovska, Skopje - Spase Dimovski, Skopje - Stephanie Dötzer, Hausen - Peter Egg, Innsbruck - Metaj Eluiza - Nuno Fernando, Madrid - Nikolai Fichtner, Burgwedel - Frithjof Finkbeiner, Berlin - Armin Frey, Stuttgart - Monika Gabriel, Münster - Elena Georgievska - Jola Golanowska, Gdansk - Maja Göpel, Bielefeld - Philipp Götting, Münster - Wolfgang Gründinger, Tirschenreuth - Maksim Gusyev, Kiev - Galya Gusyeva, Kiev - Stacey Hames - Bogdan-Ionut Hergelegiu, Iasi - Clement-Andrei Hergelegiu, Iasi - Taryel Huseynov, Fulya-Sisli - Tatiana Ianioglo - Julia Maria Junger, Wedemark - Benedikt Kettler, Sensbachtal - Katharina Klausch, Bayreuth - Marijana Kotevska, Bitola - Max-Christian Lange, Berlin - Marc Laukemann, München - Edmond Ljena - Imeri Ljuan, Skopje - Karolina Mackiewicz, Police - Michal Malkiewicz - Laura Memmert, Heidelberg - Edmond Metaj - Michael Münch, Hausen - Francesco Musco, Venezia - Nikolo Nikolovski, Skopje - Jane Nikolovski, Skopje - Karolin-Suzanne Perrot, Mainz - Valérie Peters, Stuttgart - Dimitar Popovski, Skopje - Valentin Precup, Tirgu-Mures - Ivanova Radoslina, Sofia - Tobias Rehl, Freiburg - Thomas Schauf, Nörvenich - Jens-Christian Scheilke, Tübingen - Maïke Sippel, Karlsruhe - Toni Stevcevski, Skopje - Solidar Sulejmani - Igor Temelkovski, Bitola - Roland Tompert, Stuttgart - Jörg Tremmel, Oberursel - Aleksandra Trpkova - Aneta Urdarevska, Skopje - Martin Viehöver, Dortmund - Claudius Werwigk - Karl Wortmann, Burgwedel - Ruslan Yavorsky, Göttingen - Filipovski Zage, Skopje - Michael Zechmeister, Göttingen - Grofanza Zelnicka, Strumica

Werden Sie Zustifter, ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG oder Mitglied von YOIS

Um die **GENERATIONENGerechtigkeit!**-regelmäßig nach Hause geschickt zu bekommen, gibt es drei Wege: Sie werden Zustifter, ständiger Förderer im Förderkreis der SRzG oder Mitglied von YOIS.

Als Zustifter helfen Sie uns das Stiftungskapital zu erhöhen. Dabei wird Ihre Zustiftung ungeschmälert bewahrt, und Sie erhalten eine steuerlich abzugsfähige Zustifterbescheinigung. Als ständiger Förderer bekommen Sie nicht nur unsere Zeitschrift, sondern Sie erhalten auch Einladungen zu den in regelmäßigen Abständen stattfindenden offenen Vorstandssitzungen der Stiftung. Dort können Sie Anre-

gungen geben, Vorschläge machen und Aktionen organisieren, um das Ziel der intergenerationellen Gerechtigkeit zu erreichen. Sie sind herzlich eingeladen, auf öffentlichen Kuratoriumssitzungen den Rechenschaftsbericht von Vorstandsmitgliedern zu hören und das Kuratorium bei der Frage der Entlastung des Vorstands zu beraten – so viel Offenheit und Transparenz gibt es bei kaum einer anderen deutschen Stiftung. Außer der jährlichen Zahlung des Förderbeitrags bei SRzG gehen Sie keinerlei Verpflichtungen ein.

Der Förderkreis der SRzG unterstützt die Stiftung bei ihren Aufgaben. Ohne den Förderkreis kann die SRzG ihre Aufga-

ben kaum erfüllen. Wenn Sie sich für die gute Sache der „Generationengerechtigkeit“ einsetzen möchten, sind Sie herzlich willkommen, ständiger Förderer zu werden.

Falls Sie weitere Fragen zur SRzG oder zu YOIS haben, freuen wir uns, Ihnen ein Infopaket zu senden.

Stiftungsbeträge bitte überweisen auf:

SRzG

Verwendungszweck: Zustiftung
Konto - Nr. 66 02 983

Ökobank eG

BLZ 500 901 00

Antrag umseitig

Einfach ausfüllen: Fax: 06171/952566
oder per Brief an

SRzG /YOIS Europe
Postfach 5115
61422 Oberursel

- Antrag auf Aufnahme als ständiger Förderer bei der SRzG**
Hiermit beantrage ich die Aufnahme als ständiger Förderer im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“
- Mitgliedsantrag bei YOIS**
Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe“
- Doppelmitgliedschaft bei SRzG und YOIS**
Hiermit beantrage ich die Aufnahme als ständiger Förderer im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ und die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability – Europe“. Jahresbeitrag € 70,- ; für Unterdreißigjährige € 35,- ; für Unterzwanzigjährige € 30,-

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ/Ort _____
 Telefon _____ Fax _____
 E-Mail _____ geb.am _____

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich):

- | | | | |
|---------------------------|--------------------------|-----------------------------------|--------------------------|
| Generationengerechtigkeit | <input type="checkbox"/> | Bevölkerungsentwicklung | <input type="checkbox"/> |
| Ökologie | <input type="checkbox"/> | Globalisierung/Global Governance | <input type="checkbox"/> |
| Rentenversicherung | <input type="checkbox"/> | Biotechnologie/Medizin/Gesundheit | <input type="checkbox"/> |
| Staatsfinanzen | <input type="checkbox"/> | Stadt- und Raumplanung | <input type="checkbox"/> |
| Arbeitsgesellschaft | <input type="checkbox"/> | Methoden der Zukunftsforschung | <input type="checkbox"/> |
| Bildung | <input type="checkbox"/> | Kinderrechte | <input type="checkbox"/> |

Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Es gilt dabei für YOIS ein Mindestbeitrag von 10,- € für Unterzwanzigjährige, von 15,- € für Unterdreißigjährige, und 25,- € für Ältere. Für die SRzG gilt ein Mindestbeitrag von 25,- € für Unterdreißigjährige und von 50,- € für Ältere. Organisationen können ebenfalls ständige Förderer der SRzG oder Mitglied bei YOIS werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von 100,- € jährlich. Bitte unten stehende Einzugsermächtigung ausfüllen. Für Jüngere mit dem Wunsch nach aktiver Mitarbeit empfiehlt sich die Mitgliedschaft bei YOIS, wenn Sie eher fördernd unterstützen wollen, bei der SRzG.

Ort und Datum

Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und/oder YOIS Europe, meinen Förder- bzw. Mitgliedsbeitrag (Spende) in Höhe von _____ € jährlich zu Lasten meines/unseres Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Konto-Nr.

Ort und Name der Bank

Bankleitzahl

Ort und Datum

Unterschrift

Wir danken der DSW und hier besonders Frau Stefanie Ettelt für Aufarbeitung der Beiträge, Grafiken und Bilder; Frau Ursula Hauer Weilheim, für das Layout; Frau Ute Gierstorfer, alex media, Augsburg, für das Fein-Layout, Herrn Wolfgang Sand Landsberg, für das Lektorat und die redaktionelle Bearbeitung und Herrn Udo Eitzenberger für die Drucktechnische Betreuung.
Die nächste Ausgabe von Generationengerechtigkeit! erscheint im August 2001 mit dem Schwerpunktthema „Global Governance“.